



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
November 2020

**Der Steinbock, König der Alpen:
Erst ausgerottet, dann gerettet**

**Liaison Schweiz–Europäische Union:
Sie bleibt ein Verhältnis voller Fragezeichen**

**Die Mobilität in Schweizer Städten wandelt sich:
Immer weniger Haushalte besitzen ein eigenes Auto**



Im 2021 wählen die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre Ratsmitglieder.



Melden Sie sich jetzt als Kandidatin oder Kandidat beim Schweizerverein oder Dachverband Ihres Wohnlands. Weitere Informationen finden Sie auf den Seiten 32 und 33 dieser «Schweizer Revue» und auf www.aso.ch.



Im 2021 erfindet sich SwissCommunity neu!

- Neue Webseite
 - Neue Online-Community
 - Neuer Online-Auftritt der «Schweizer Revue»
 - Neues Design
 - Alles in einem
- Besuchen Sie uns ab Januar 2021 auf www.SwissCommunity.org und schliessen Sie sich unserer neuen Gemeinschaft an, um starke und dauerhafte Verbindungen mit anderen Schweizerinnen und Schweizern aus der ganzen Welt zu knüpfen.

ASO/SwissCommunity-Partner:



Swiss Travel System.



 **BCGE**



 **swissinfo.ch**

Die Schweiz und Europa

- 5 Briefkasten
- 8 **Schwerpunkt**
Das Paar Schweiz–EU pflegt eine recht komplizierte Fernbeziehung
- 10 **Gesellschaft**
Corona-Pandemie: Der Schweizer Weg ist auf dem Prüfstand
Der Steinbock gilt als König der Alpen. Warum rottete man ihn zuerst aus?
Schweizer Stadtbewohner verzichten immer häufiger aufs eigene Auto
- 18 **Reportage**
Der einzige offizielle Einsiedler der Schweiz lebt alles andere als einsam
- 21 **Literaturserie**
- 22 **Wissen**
Wie tönt die Schweiz? Expedition zu den schmatzenden Maden im Boden
- 25 **Politik**
Der 27. September war ein politischer «Supersonntag»: Die Resultate
Die Schweiz debattiert über ein landesweites Verbot der Burka
Gegen den Import von Palmöl regt sich hartnäckiger Widerstand
- 31 **ASO-Informationen**
- 36 **news.admin.ch**
- 38 **Gelesen / Gehört**
- 39 **Herausgepickt / Nachrichten**



Die direkte Demokratie ist für die Schweiz prägend. Jeder und jede erhält regelmässig die Möglichkeit, an der Urne die Politik des Landes mitzubestimmen. Doch genau diese tief verankerte Mitbestimmungskultur war während Monaten pandemiebedingt ausgesetzt, blockiert, eingefroren. Im Herbst erlebte sie nun ihren eindrücklichen Frühling: Der 27. September wurde zum «Supersonntag», zum Tag der vielen

Volksentscheide von Tragweite – dies bei enorm hoher Stimmbeteiligung. Grösste Tragweite hat das klare Nein der Schweizerinnen und Schweizer zur «Begrenzungsinitiative» der SVP. Sie klären damit ihre Haltung zur Europäischen Union (EU): Sie wollen den partnerschaftlichen, bilateralen Weg mit der EU weiterführen.

Ein Ja zu dieser Initiative hätte unweigerlich zur Aufkündigung des heutigen engen Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU geführt. Als Nicht-EU-Land kann die Schweiz nicht aus der EU austreten. Aber für das von der EU umgebene Land wäre die Aufkündigung der bilateralen Vertragswerke ein Schritt von vergleichbarer Dramatik.

Der Volksentscheid ist klar. Eine grenzenlose Liebeserklärung an Brüssel ist er aber nicht. Die Liaison zwischen der Schweiz und der EU ist nämlich von widersprüchlichen Gefühlen geprägt. Einerseits führt die enge Nachbarschaft zu inzwischen ganz selbstverständlichen wirtschaftlichen, kulturellen und auch persönlichen Verflechtungen. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ist aber nicht in erster Linie beeindruckt von der EU als Institution, sondern begeistert vom Europa der offenen Grenzen, vom Hauch weiter Welt, ermöglicht durch die Personenfreizügigkeit – also geprägt von der Bewegungsfreiheit, die noch viel wertvoller erscheint, seit der Lockdown uns eine kleine, enge Schweiz der dichten Grenzen erleben liess. Die pragmatische Einsicht dominiert: «Europäische Offenheit» und Durchlässigkeit ist nur in einem geregelten Verhältnis mit der EU zu haben.

Die Stimmberechtigten aus der Fünften Schweiz – die meisten von ihnen leben in der EU – haben sich am «Supersonntag» übrigens besonders wuchtig für den bilateralen Weg ausgesprochen. Ist somit in Sachen Schweiz–EU für eine Weile alles klar? Mitnichten. Auch ein Konkubinatsvertrag braucht Abmachungen – und genau dieses diplomatische Ringen über die konkreten vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Schweiz und der EU geht weiter. Die Ausgangslage verspricht viel Dramatik, wie wir im Schwerpunkt dieser «Revue» aufzeigen.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

 Swiss Authentic Shop
SWISS PRODUCTS AT HOME



**Hol dir
ein Stück
Schweiz
nach Hause.**

**Jetzt mit
CHF 10
Rabatt**

swissauthenticshop.ch/revue6

Direkt vor die Haustüre geliefert, Versand- und Zollgebühren inklusive (in den Lieferkosten eingerechnet).



**ZEIT FÜR
NEUE PERSPEKTIVEN**

Der perfekte Weg zur/zum dipl. Tourismusfachfrau/mann HF
inspirierend. weitsichtig. praxisnah.

«Variante inkl./exkl. Praktikumsjahr»

«Variante mit Saisonstellen Sommer & Winter»

Höhere Fachschule für Tourismus Graubünden | CH-7503 Samedan | T +41 81 851 06 11 | contact@hftgr.ch

 **HÖHERE FACHSCHULE
FÜR TOURISMUS
GRAUBÜNDEN**

**Details
& Anmeldung:**
www.hftgr.ch

**Eine Ausbildung in der Schweiz?
Wir beraten Sie gerne!**

info@educationsuisse.ch Tel. +41 (0)31 356 61 04
www.educationsuisse.ch



Internationale Kranken- und Reiseversicherung
und erstklassigen Service für Schweizer
Expatriates, Reisende und mobile Mitarbeiter.

+41 43 399 89 89
info@asn.ch
www.asn.ch



**Setzen Sie
ein Zeichen
für eine ganze
Generation!**



Der Ratgeber der Auslandschweizer-Organisation bietet
Ihnen wertvolle Informationen zum Thema Nachlassplanung.



Konsularische Dienstleistungen

überall, komfortabel auf Ihren
mobilen Geräten



Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch

San José (2020)



**«SCHWEIZER REVUE» –
MIT DREI KLICKS ZUR APP!**

Holen Sie sich die «Schweizer Revue» gratis als App!

Es ist ganz einfach:

1. Öffnen Sie auf Ihrem Handy oder Tablet den Appstore
2. Geben Sie den Suchbegriff «Swiss Review» ein
3. Klicken Sie auf Laden und Installieren – fertig!



**SWISS
REVIEW**

Der Schweizer «Kolonialismus ohne Kolonien»



Viele international agierende Schweizer Konzerne sind bis heute an der Ausbeutung des Südens beteiligt. Der Glaube, dass die Schweiz nur durch eigene harte Arbeit zu einem der reichsten Länder geworden ist, ist absurd. Auch hat der Kolonialismus nie aufgehört. Wir haben nur die weissen Ausbeuter mit landeseigenen und uns genehmen ersetzt. Diese halten wir mit Geld und Waffen auf ihren Posten. ERICH GAMBA, BOAC, PHILIPPINEN

Es ist schon erstaunlich, wie aus dem Umstand, dass ein paar Schweizer von Kolonialismus und Sklaverei profitiert haben, nun eine Kollektivschuld der Schweiz abgeleitet wird und diese Schuld nun bezahlt werden soll von Nachfahren, die damit nichts zu tun haben. Und auch die Empfänger sind nicht mit den damaligen Opfern identisch. Mit wirklicher Moral hat das nichts zu tun. MARKUS ZEHNDER, LOS ANGELES, USA

Geschichte ist die Betrachtung der Vergangenheit. Was damals geschah, galt in jener Epoche als normal, wäre aber unter Umständen heute nicht mehr akzeptabel. Der Versuch, die Massstäbe der Vergangenheit auf die Gegenwart anzuwenden, ist als Vergleich nicht zulässig. Ja, die Geschehnisse der Vergangenheit sind aus unserer Sicht falsch, aber damals wurden sie akzeptiert. Tragen wir die Schuld für das, was unsere Vorfahren getan haben? Natürlich nicht, und das würde auch kein Gericht der Welt so sehen. Solange wir so leben, dass wir stolz auf uns sein können, niemandem schaden und keine Gesetze brechen, ist es ein gutes Leben. Wer weiss, wie man in Zukunft über uns urteilen wird? NORMAN GERSHON, USA

Wir sollten uns mehr auf die Gegenwart konzentrieren. In welchem Mass profitiert der Westen – einschliesslich der Schweiz – heute von Sklaverei? Vergangenheit ist Vergangenheit; wir sollten daraus lernen und unser Handeln dem Heute anpassen. Aber tun wir das? Können wir uns unseren westlichen Lebensstil leisten oder leben wir auf Kosten anderer? Ich wage zu behaupten, dass Letzteres zutrifft, denn Sklaverei existiert nach wie vor. Vielleicht ist sie nicht so sichtbar wie damals – aber immer noch genauso grausam. Wir leben in einer komplizierten Welt, in der die Gier nach Macht und Geld der Menschlichkeit im Weg steht. ERIK WAELCHLI, SOUTH BEND, USA

Statuen herunterreissen, weil das Wertesystem geändert hat? Geldmachen mit Sklavenhandel ist aus heutiger Sicht sicher verwerflich. Wer weiss: Vielleicht ist ein CEO-Gehalt, das hundertmal oder tausendmal höher ist als das Mindestgehalt, in ein paar Jahren auch verwerflich. Kurz: Eine heute heldenhafte Person ist morgen möglicherweise eine ausbeutende, kriminelle Person. Diese Werteverchiebung könnte uns alle tref-

fen, auch mich und dich. Deshalb fände ich es bereichernder, wenn an jedem Monument die verschiedenen Perspektiven ergänzt werden. Man könnte für Monsieur De Pury eine Zusatztafel anbringen, wo neben seiner Grosszügigkeit auch die Quelle seines Vermögens erwähnt wird.

ANDRE BURKI, PERTH, AUSTRALIEN

5G entzweit die Schweiz



Der Mensch hat keine Ruhe, bevor nicht alles kaputt ist. Doch dann ist es zu spät. Der Klimawandel überrollt uns und bringt Probleme, die mit 5G nicht gelöst werden können. Wirklicher Fortschritt ist nur möglich, wenn der Mensch sich mehr nach innen statt nach aussen wendet. Doch wer will das hören? In der Stille liegt die Kraft zu neuen Ideen, nicht in noch mehr und immer noch mehr Informationen.

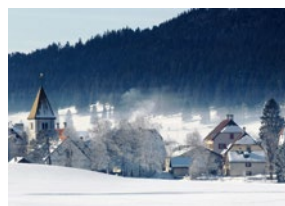
IRMA FURRER, BAYERN, DEUTSCHLAND

Leider fehlt mir im Artikel der «Schweizer Revue» ein Gesichtspunkt zu 5G: Huawei oder nicht! Im Gegensatz zu angelsächsischen Ländern scheint mir diese Diskussion in der Schweiz kaum geführt zu werden. Die doch beachtlichen Sicherheitsbedenken gegen einen Hersteller aus einem totalitären Staat scheinen mir doch teilweise berechtigt.

PATRIK SCHMUKI, DEUTSCHLAND

Aus meiner Sicht sind zwei Argumente wichtig. Erstens: Wer am meisten von 5G profitieren wird, sind die Grosskonzerne, die mehr Information über die Benutzer sammeln können. Zweitens: Wollen wir einem totalitären Staat, der Verträge bricht, unsere persönlichen Daten und alle unsere Interessen anvertrauen? CORNELIA BAUMGARTNER, NEUSEELAND

La Brévine, Sibirien der Schweiz



Herzlichen Dank für diesen schönen Ausflug ins Sibirien der Schweiz. Ich wurde 1956 in der Nähe dieses Dorfes geboren, wo man damals noch die Milch vom Bauernhof in die Molkerei brachte – und zurück. Wegen der Bise und der Schneewehen hatte ich mich damals verlaufen, aber dank der Leitungsmasten fand ich den Weg wieder – meine Ohren waren eiskalt. Sie fielen zwar nie ab, aber wehe, ich hätte sie angefasst! Lange Jahre habe ich diese Kälte ausgehalten.

BERNARD COLOMB, PLAN TAWAN, THAILAND

Ein Treue-Versprechen voller Fragezeichen

Die Schweizerinnen und Schweizer bekennen sich zur Partnerschaft mit der Europäischen Union. Doch wie sich die bilaterale Liaison mit der EU weiterentwickeln soll, ist weniger klar. Vorbehalte zu einem neuen Rahmenabkommen stören die Harmonie.

THEODORA PETER

Die wichtigste europapolitische Volksabstimmung der letzten Jahre ging am 27. September mit einem eindeutigen Verdikt aus: 61,7 Prozent der Stimmden stellten sich gegen die Begrenzungsinitiative, mit der die SVP die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU) ausser Kraft setzen wollte. Das Nein war umgekehrt ein beherztes Ja zur Fortsetzung der Beziehung mit der EU: Die Mehrheit wollte den bilateralen Weg mit dem wichtigsten Handelspartner nicht gefährden. Denn bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU wären auf-



Dramatische Bilder wählten sowohl die Gegner wie die Befürworter der «Begrenzungsinitiative». Zum Drama wurde die Abstimmung schliesslich für den neuen SVP-Präsidenten Marco Chiesa. Foto Keystone



grund einer entsprechenden Klausel auch die übrigen bilateralen Verträge hinfällig geworden. Der überaus klare Volksentscheid ist eine schmerzliche Niederlage für die grösste Schweizer Partei – und dies ausgerechnet bei ihrem Kernthema.

Für ihren neuen Präsidenten, den Tessiner Nationalrat Marco Chiesa, war es nur ein schwacher Trost, dass sein Heimatkanton als einziger Grenzkanton für die Initiative stimmte. Noch vor sechs Jahren hatten eine Mehrheit der Kantone und des Stimmvolks die SVP-Masseneinwanderungsinitiative angenommen, die eine Beschränkung der Zuwanderung verlangte. Das Parlament tat sich aber schwer mit einer buchstabengetreuen Umsetzung, die das Abkommen zur Personenfreizügigkeit nicht verletzt. Gegen den Willen der SVP wurde in der Folge lediglich ein «Inländervorrang» für offene Stellen eingeführt: In Branchen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit sollen inländische Stellensuchende gegenüber Bewerbern aus dem Ausland bevorzugt werden.

Knackpunkt Souveränität

Trotz verlorener Volksabstimmung rüstet sich die SVP bereits für den nächsten Kampf gegen die EU und ihre «fremden Richter». Zielscheibe ist das institutionelle Rahmenabkommen, mit dem die Schweiz und EU ihre bilateralen Beziehungen auf eine neue Vertragsbasis stellen wollen. Ein Entwurf liegt bereits seit 2018 auf dem Tisch (siehe «Revue» 2/2019). Im Widerstand gegen den neuen Rahmenvertrag steht die SVP allerdings nicht alleine da. Auch bei den meisten anderen Parteien – rechts wie links – stösst das Verhandlungsergebnis auf Skepsis bis hin zur Ablehnung.



Grösster Knackpunkt ist das Spannungsfeld zwischen der Souveränität der Schweiz und der Rolle des Europäischen Gerichtshofs. Zwar sieht der Vertragsentwurf ein unabhängiges Schiedsgericht vor, das bei Streitigkeiten zwischen Bern und Brüssel schlichten soll. Sind jedoch Fragen des EU-Rechts betroffen, was meistens der Fall



sein dürfte, ist das Schiedsgericht an Entscheide des Gerichtshofs gebunden.

CVP-Präsident Gerhard Pfister kritisiert die Rolle des EU-Gerichtshofs im Rahmenabkommen deshalb als «toxisch». Es könne nicht sein, dass ein «einseitig europäisches Gericht über das Verhältnis zwischen der EU und einem Nichtmitglied entscheide»,

Max Spring
zeichnet für die
«Schweizer Revue».

sagte Pfister in einem Zeitungsinterview. Der Mitte-Politiker befürchtet insbesondere, der EU-Gerichtshof könnte die Schweiz dereinst dazu zwingen, die sogenannte Unionsbürgerrichtlinie zu übernehmen. Damit erhielten EU-Bürger in der Schweiz leichter Zugang zur Sozialhilfe. Die Richtlinie ist im Rahmenabkommen

jedoch nicht explizit erwähnt. Die Sozialpartner wiederum lehnen den Vertrag wegen Bedenken beim Lohnschutz ab. Sie verlangen, die Schweiz müsse sich eigenständig gegen Dumpinglöhne schützen können – so wie dies heute mit den flankierenden Massnahmen möglich ist. Auch der Gewerkschaftsbund sieht die Rolle des Europäischen Gerichtshofs kritisch: Mit Urteilen der letzten Jahre sei das kollektive Arbeitsrecht geschwächt worden – etwa bei Gesamtarbeitsverträgen und beim Streikrecht.

Bundesrat will nachverhandeln

Grundsätzlich einverstanden mit dem Rahmenabkommen zeigen sich einzig Grünliberale, BDP sowie die FDP – die Partei von Bundesrat und Aussenminister Ignazio Cassis. Doch auch bei den Freisinnigen bröckelt die Front der Befürworter. So warnte alt FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann in der «Neuen Zürcher Zeitung» seinerseits vor einem Souveränitätsverlust: Das in den bilateralen Verträgen gefundene Gleichgewicht zwischen staatlicher Souveränität und Zugang zum EU-Binnenmarkt sei im Entwurf des Rahmenabkommens «auf Kosten der Schweiz verloren gegangen», kritisiert der frühere Wirtschaftsminister. Eine «faktische Unterstellung» des Schiedsgerichtes unter den Europäischen Gerichtshof gehe zu weit.

Die Landesregierung hatte bereits früher klagemacht, dass sie zu den «offenen Fragen» – darunter die Unionsbürgerrichtlinie und der Lohnschutz – noch Gespräche mit der EU führen wolle. Der Bundesrat ernannte schliesslich Mitte Oktober eine neue Chefunterhändlerin. Staatssekretärin Livia Leu, zuvor Botschafterin in Paris,

Neues Sozialwerk als flankierende Massnahme

Ältere Arbeitslose, die keine neue Stelle mehr finden, erhalten künftig bis zur Pensionierung eine Überbrückungsrente. Beantragen kann die neue Sozialleistung, wer im Alter von über 60 Jahre arbeitslos geworden ist und das Anrecht auf den Bezug von Arbeitslosengeldern nach erfolgloser Stellensuche verloren hat. Überbrückt wird damit die Zeit bis zum Erhalt einer ordentlichen AHV-Rente. Das neue Sozialwerk soll rund 3400 Betroffenen helfen, nicht in die Altersarmut zu rutschen. Dafür ausgeben will der Bund rund 150 Millionen Franken pro Jahr.



Mit der Idee zur Schaffung der Überbrückungsrente setzte der Bundesrat bereits letztes Jahr ein innenpolitisches Zeichen zugunsten der Personenfreizügigkeit. Viele über 50-Jährige hatten 2014 der Masseneinwanderungsinitiative der SVP zugestimmt, weil sie befürchteten, von Einwanderern aus dem Arbeitsmarkt verdrängt zu werden. Ihren Existenzängsten wollte der Bundesrat mit dem neuen Sozialwerk entgegenkommen. Er schlug zunächst eine grosszügigere Regelung vor, von der rund 4600 Personen profitiert hätten. Das Parlament schränkte den Bezügerkreis aber wieder ein und begrenzte zudem die Höhe der Beitragsberechtigung. Die SVP lehnte die Überbrückungshilfe grundsätzlich ab. Die Gegner kritisierten, die neue Rente könnte Unternehmen dazu motivieren, ältere Arbeitnehmende erst recht in die Sozialversicherung abzuschieben. Für ein Referendum kamen jedoch nicht genügend Unterschriften zusammen. (TP)



Ein Reizthema bleiben die Auswirkungen des Rahmenvertrags auf die Löhne und die Arbeitsplatzsicherheit. Foto Keystone

ist bereits die fünfte Spitzendiplomatin, die das komplexe EU-Dossier übernimmt. Mit dem personellen Wechsel erhofft sich der Bundesrat eine neue Dynamik in der festgefahrenen Beziehungssituation. Mit welchem Verhandlungsspielraum die Diplomatin nach Brüssel reist, war bei Redaktionsschluss noch offen.

Wachsende Ungeduld in Brüssel

In Brüssel stösst das Zögern der Schweiz zunehmend auf Unverständnis. Nach dem Volks-Verdikt zur Begrenzungsinitiative ging man bei der EU davon aus, dass der Weg nun endlich frei sei für eine Unterzeichnung des aus Brüsseler Sicht fertig verhandelten Rahmenabkommens. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekräftigte noch am Abstimmungssonntag, dass man für «Klarstellungen» bereitstehe, erwartete aber auch, dass der Bundesrat nun «zügig» vorankomme, um das Abkommen zu ratifizieren. Möglicherweise werden aber hinter den Kulissen doch noch Zugeständnisse gemacht, um dem Bundesrat zu helfen, den Vertrag innen-

politisch mehrheitsfähig zu machen. Denn nach dem Parlament wird schliesslich das Volk das letzte Wort zum Vertragswerk haben.

Bis ein neuer Rahmenvertrag vorliegt, sind die bestehenden bilateralen Abkommen weiterhin gültig. Die EU könnte aber eine Aktualisierung dieser Verträge verweigern. Schaden könnte dies beispielsweise der Schweizer Medizinaltechnikbranche, die den hürdenfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt zu verlieren droht. Nachteile sind zudem bei der Beteiligung der Schweiz am EU-Forschungsprogramm «Horizon Europe» denkbar. Die Schweiz hat ihrerseits ein Pfand in der Hand: Das Parlament blockierte Ende 2019 die Auszahlung der zusätzlichen Kohäsionsmilliarde, die als Aufbauhilfe für strukturschwache EU-Staaten gedacht ist. Oder anders ausgedrückt: Bis ein neuer Partnerschaftsvertrag zwischen Bern und Brüssel besiegelt ist, müssen noch einige Beziehungskrisen überwunden werden.

Der Artikel gibt den Informationsstand bei Redaktionsschluss Mitte Oktober wieder.

Fünfte Schweiz verteidigt die internationale Mobilität

Fast 80 Prozent der Auslandschweizerinnen und -schweizer sagten Nein zur Begrenzungsinitiative. Die von der SVP verlangte Kündigung der Personenfreizügigkeit hätte die 460 000 in EU-Ländern wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer hart getroffen.

Der Nein-Anteil der Fünften Schweiz (78 Prozent) lag um durchschnittlich rund 16 Prozentpunkte höher als das gesamtschweizerische Resultat (61,7 Prozent). Dies zeigt die Auswertung von zwölf Kantonen, welche die Stimmen der Auslandschweizerinnen und -schweizer separat erfassen (siehe Grafik). Aus den übrigen Kantonen liegen keine Zahlen vor, doch zeigen die zwölf abgebildeten Kantone durchaus ein repräsentatives Bild: Dort leben zusammengezählt über 70 Prozent der in einem Stimmregister eingetragenen Auslandschweizerinnen und -schweizer – 133 000 von insgesamt 181 000.

In ländlichen Kantonen lag die Ablehnungsquote der Auslandschweizerinnen und -schweizer zur Begrenzungsinitiative sogar mehr als 30 Prozentpunkte über dem

Durchschnitt – so in Uri und in Appenzell Innerrhoden. Letzterer ist einer von vier Kantonen, die sich hinter die Begrenzungsinitiative stellten – nebst Schwyz, Glarus und dem Tessin.

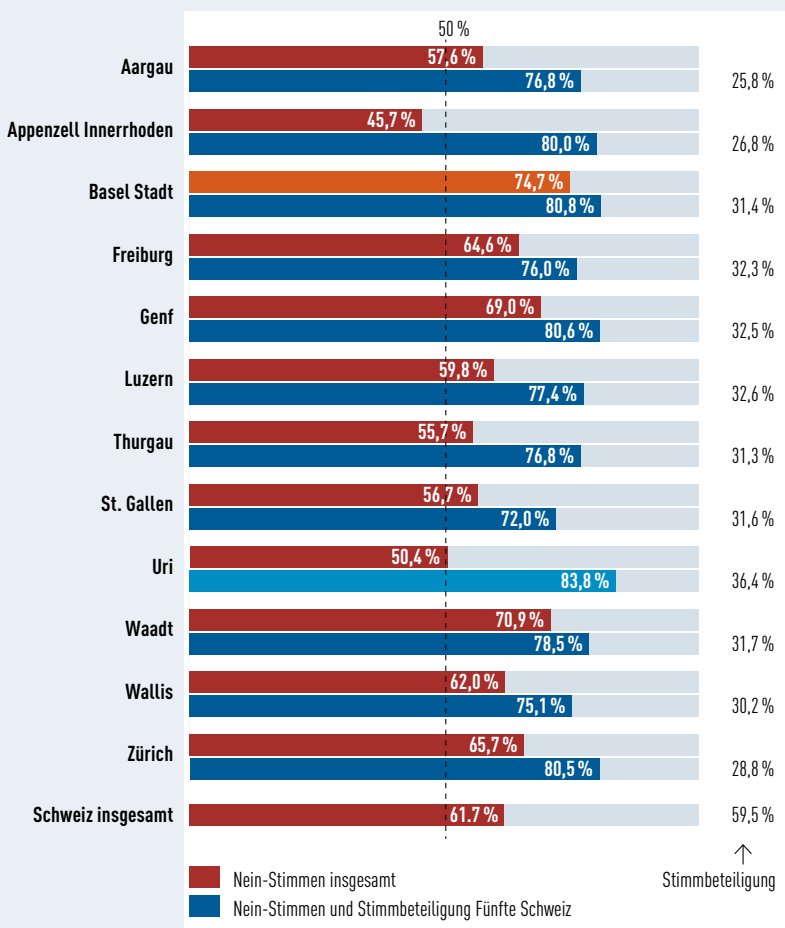
Das überaus klare Statement der Fünften Schweiz überrascht Remo Gysin, Präsident der Auslandschweizer-Organisationen (ASO), nicht: «Es unterstreicht die Wichtigkeit der Niederlassungsfreiheit und der internationalen Mobilität.» Nur dank der Personenfreizügigkeit hätten alle Schweizerinnen und Schweizer überhaupt die Möglichkeit, in jedem EU-Land zu arbeiten und sich dort niederzulassen. An dieser grenzüberschreitenden Mobilität müssten alle Landsleute ein Interesse haben, «unabhängig davon, ob man derzeit im Inland oder im Ausland wohnt». Von zentraler Bedeutung sei nebst der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit die Gleichbehandlung mit Staatsangehörigen der EU – bei der Arbeitsstelle wie auch bei Steuern und Sozialleistungen. Dazu gehört auch das Recht, nach Ende einer beruflichen Tätigkeit im EU-Land bleiben zu dürfen.

Viele konnten nicht abstimmen

Während die Stimmbeteiligung am 27. September in der Schweiz auf hohe 60 Prozent kletterte, lag sie bei den Auslandschweizerinnen und -schweizern lediglich bei rund 30 Prozent. Bei der ASO häuften sich nach dem Abstimmungssonntag die Klagen frustrierter Stimmbürgerinnen und -bürger, welche die Abstimmungsunterlagen zu spät erhalten hatten. Vor allem in Übersee wurden dadurch viele an der Ausübung ihrer politischen Rechte gehindert. Die ASO intervenierte in der Folge bei allen Kantonen und forderte sie auf, die gesetzlich erlaubten Vorlauf Fristen voll auszuschoöpfen und den im Ausland wohnhaften Stimmberechtigten die Unterlagen fünf Wochen vor dem Urnengang zuzustellen. Schlussendlich folgten nur zwei Kantone dieser Aufforderung.

Von den 770 900 ausserhalb der Landesgrenzen domizilierten Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind rund 460 000 in EU-Ländern wohnhaft. Ein Viertel aller Auslandschweizerinnen und -schweizer (199 800) lebt in Frankreich. An zweiter Stelle liegt Deutschland (92 200), gefolgt von den USA (81 100).

THEODORA PETER



Nur die aufgelisteten Kantone wiesen die Stimmen der Auslandschweizerinnen und -schweizer separat aus. In der Tabelle hervorgehoben wurde die Rekordwerte.

Mit hohen Fallzahlen Richtung Winter

Nach dem Shutdown im Frühling lockerte die Schweiz die Corona-Massnahmen vergleichsweise stark. Trotz flankierender Schutzmassnahmen schoss im Herbst die Zahl der Ansteckungen wieder die Höhe – die zweite Welle der Pandemie erfasste das Land.

SUSANNE WENGER

Als Anfang Oktober die Corona-Infektionszahlen in der ganzen Schweiz plötzlich deutlich stiegen, sprach der erfahrene Basler Epidemiologe Marcel Tanner den zentralen Punkt an. Die Schweiz sei bei der Bekämpfung der Pandemie weniger restriktiv unterwegs als die Nachbarländer, stellte der Wissenschaftler fest: «Umso mehr muss sich jeder Einzelne in der Gesellschaft bewusst sein, dass er mitverantwortlich dafür ist, wie sich die Situation weiterentwickelt.» Ohne Disziplin bei den Abstands- und Hygieneregeln funktioniere der liberale Schweizer Weg nicht. Dabei hatte es eine Zeitlang so gut ausgesehen. Als vorsichtige Öffnungen nach dem Shutdown nicht wieder zu einem Anstieg der Ansteckungen führten, beschloss der Bundesrat zügig weitere Lockerungen. Ein kollektives Aufatmen war spürbar.

«Wir können Corona», rühmte der Schweizer Innenminister Alain Berset im Mai. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga prägte die Formulierung von der «neuen Normalität». Das Virus sei nicht weg, doch mit den begleitenden Massnahmen könnten alte Freiheiten zurückkehren und gebeutelte Branchen in die Gänge kommen. Wieder ins Restaurant, in den Club, in die Läden. Wieder zur Schule, ins Büro. Wieder herumreisen, wieder an die Demo. Mit Schutzkonzept, zum Teil mit Registrationspflicht. So sah sie aus, die «neue Normalität». Auch das Parlament tagte wieder, und Mitte Juni gab der Bund das Zepter an die Kan-

tone zurück. Er erklärte die ausserordentliche Lage, die ihm gemäss Epidemien-gesetz spezielle Kompetenzen verliehen hatte, für beendet.

Entspannter Sommer

Situative Reaktionen auf lokale Corona-Ausbrüche seien sinnvoller als flächendeckende Massnahmen: So lautete die Devise. Die Schweiz verfolgte eine Eindämmungs- und Teststrategie. Um Infektionsketten rasch unterbrechen zu können, bauten die Kantone ein Contact-Tracing auf. Die Teams meldeten sich bei Kontaktpersonen von Infizierten, wenn nötig wurden diese vom Kantonsarztamt in Quarantäne geschickt. Tausende waren seither betroffen, von Nachtschwärmern über Sportvereine bis zu Gottesdienstbesuchern und einem Bundesrat. Als sich ab Juni wieder mehr Menschen ansteckten, griff der Bund nochmals kurz ein. Er verfügte ab Juli eine landesweite Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr und schickte fortan auch Reiserückkehrer aus Risikogebieten in Quarantäne.

Viele Schweizerinnen und Schweizer verbrachten die Sommerferien aber im eigenen Land. Die Stimmung wirkte im Vergleich zum Krisenfrühling entspannter, auch ohne die grossen Openair-Festivals und Nationalfeiern zum 1. August. Kundgebungen gegen die verbliebenen Corona-Einschränkungen zogen keine Massen an. Als die Infektionsrate zwischen Juli und September weiter stieg, kam kaum Alarmstimmung auf. Die Zah-

len blieben tiefer als im März und April, es gab weniger Hospitalisationen und viel weniger Todesfälle. Dennoch waren aus der Wissenschaft warnende Stimmen zu vernehmen. Die Schweiz müsse reagieren, um spätere schlimmere Entwicklungen zu verhindern, riet die Genfer Virologin Isabella Eckerle weitsichtig. Einzelne Kantone verschärfen die Massnahmen, doch der Bund blieb auf Lockerungskurs: Er hob wie geplant das Verbot von Grossveranstaltungen auf.

Besorgnis im Herbst

Fussball- und Eishockeyspiele konnten ab Oktober wieder vor mehr als tausend Zuschauern stattfinden, Konzerten konnte wieder gelauscht werden – wenn auch unter strengen Schutzvorkehrungen und erst nach Bewilligung durch den Kanton. Die Schweiz war Ende Februar europaweit das erste Land gewesen, das Grossveranstaltungen verboten hatte. Nun ging sie auch bei der Lockerung voran. «Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben», erklärte Gesundheitsminister Berset. Sportverbände und Kulturinstitutionen begrüsst den Schritt, die Mehrheit der Kantone hätte gerne bis Ende Jahr erwartet – ein Balanceakt.

Zumal sich just in jenen ersten Oktobertagen die Fallzahlen sprunghaft erhöhten. Wurden Anfang Juni unter zwanzig Personen pro Tag neu positiv getestet, waren es gegen Ende Oktober über 7000. Ein neuer Höchststand seit Beginn der Pandemie. Die Positivitätsrate der durchgeführten Tests über-

stieg sehr deutlich den Schwellenwert, bis zu dem ein Land laut Weltgesundheitsorganisation WHO die Pandemie unter Kontrolle hat. Die Verschnaufpause war definitiv vorbei, zumal auch Spitaleintritte und Todesfälle wieder zunahmen. Die nationale Covid-Task-Force mahnte, die Senkung der Fallzahlen habe nun «höchste Pri-

Länder», räumte der Innenminister ein. In der Öffentlichkeit gingen Schuldzuweisungen los. Das dezentrale föderale System der Schweiz bewähre sich in der Pandemie nicht, der Bund müsse aus der Reserve kommen und wieder mehr Führung übernehmen, forderten Stimmen inner- und ausserhalb des Parlaments. Tatsäch-

schaftlern in der Öffentlichkeit – Ausdruck von Meinungs- und Forschungsfreiheit – trugen auch nicht gerade zu einem klaren Kompass in der Bevölkerung bei. Bund und Kantone forderten die Bürgerinnen und Bürger auf, die Schutzregeln rigoros einzuhalten, um einen zweiten Shutdown zu verhindern. «Es ist wieder fünf vor zwölf»,



orität». Sei die Nachverfolgung von Kontakten nicht mehr möglich, drohe der Blindflug.

Mangelnde Daten

Zwar war erwartet worden, dass die Infektionen in der kälteren Jahreszeit zunehmen könnten, da sich die Menschen mehr drinnen aufhalten. Doch schon so früh schon so heftig: wie konnte das der einstigen Corona-Musterschülerin Schweiz passieren? «Wir stehen heute schlechter da als andere

lich handhabten die Kantone etwa die Maskenpflicht in Innenräumen sehr uneinheitlich. Auch bei der Weitergabe der Daten aus dem Contact-Tracing an den Bund haperte es. So fehlten der Wissenschaft wichtige Grundlagen, um herauszufinden, wo sich die Leute ansteckten.

Dazu kam Sorglosigkeit in Teilen der Bevölkerung. Bei der von höchster Stelle verkündeten «neuen Normalität» schienen manche vor allem das zweite Wort gehört zu haben. Gegenätzliche Einschätzungen von Wissen-

mahte die Bundespräsidentin. Die Schweiz war zurück in der Unsicherheit, lange bevor der erste Schnee fiel. Familiäre Weihnachtsfeiern könnten doch in den Wald verlegt werden, schlug Epidemiologe Marcel Tanner schon mal präventiv vor.

Der Nationalrat tagt seit September wieder im Bundeshaus. Allerdings ist der atehrwürdige Nationalratssaal zu einem mit 200 Plexiglas-kabinen möblierten Ort geworden.

Foto Keystone

Dieser Beitrag zeigt die Entwicklung bis zum Redaktionsschluss von Mitte Oktober auf. Aktuelle Lagebeurteilungen der Schweizer Covid-Task-Force in drei Sprachen: www.ncs-tf.ch



Ausgerechnet Wilderer brachten den König in die Alpen zurück

Der imposante Steinbock fasziniert die Menschen. Allerdings war der «König der Berge» so gut wie ausgerottet. Doch ausgerechnet Wilderer schmuggelten Jungtiere zurück in die Schweizer Alpen, bevor der Steinbock vor 100 Jahren offiziell wieder angesiedelt wurde. Verdrängte Arten wieder ansiedeln: Das ist zuweilen ein sehr konfliktreicher Akt.

◀ Eine eindruckliche Karawane im Val dal Spöl (GR): Die Träger schleppen im Zuge der Steinbockauswilderung von 1920 Tiere in schweren Kisten in den Schweizerischen Nationalpark.

Foto SNP / Archivbild 1923

MIREILLE GUGGENBÜHLER

Der Gipfel des Stockhorns im Berner Oberland liegt auf 2190 Metern über Meer. Es ist der höchste Berg der Voralpenkette und zieht Wanderer und Kletterfreunde, Gletschirmflieger und im Winter auch Schneeschuhläufer an. Geht es nach Alfred Schwarz, dem ehemaligen Geschäftsführer der Stockhornbahn, dann wird es in diesem Gebiet bald auch möglich sein, Steinböcke zu beobachten. Denn: Der Verein «Freunde des Stockhorns» und das Jagdinspektorat des Kantons Bern planen hier die Wiederansiedlung des mächtigen Hornträgers. Alfred Schwarz: «Wir möchten den Steinbock hierher zurückbringen, wo er schon einmal war.»

Noch bis vor 200 Jahren lebten am Stockhorn tatsächlich Steinböcke. Der elegante und zähe Kletterkünstler war seit dem Mittelalter in den Augen vieler Menschen Symbol für robuste Gesundheit. Und er wurde deshalb bewundert – und war begehrt: Fast jedem Körperteil wurde eine heilende Wirkung zugesprochen. Entsprechend viele Arzneien wurden aus den Tieren hergestellt. Aber auch das Fleisch des Steinbocks war beliebt. Mit der Jagd auf das Steinwild liess sich gutes Geld verdienen.

Die intensive Jagd sowie die starke Rodung der Wälder und die gleichzeitige Ausbreitung der Weiden für Nutztiere in immer höhere Lagen erschwerten dem «König der Alpen» das Leben. Und zwar so sehr, dass er aus dem Alltag der Schweizer Alpen verschwand. Es ist die sich wiederholende Geschichte vom Aussterben: 1804 wurde im Wallis der letzte



Schweizer Steinbock erlegt. Einige der Tiere überlebten jenseits der Grenze, in Norditalien. Und diese Steinböcke standen fortan unter Obhut des damaligen italienischen Königs Vittorio Emanuele II, der ihren Schutz mit einem Wildhüterkorps rigoros durchsetzte.

In der Schweiz dagegen bewegte das Schicksal des Steinbocks vor allem die Bürgerinnen und Bürger. Die politischen Gremien legten mit dem schweizerischen Jagdgesetz von 1875 zwar eine Grundlage für die Wiederansiedlung des Steinbocks. Nur folgten dem gesetzgeberischen Akt kaum konkrete Bestrebungen zu deren Umsetzung. Es waren schliesslich Private, die die Sache am Ende an die Hand nahmen, zuerst im Kanton St. Gallen, etwas später auch im Kanton Graubünden.

Paradoxerweise spielten dabei ausgerechnet Wilderer eine wichtige Rolle. Sie, die den Steinbock einst verbotenerweise dezimierten, schmutzgelten schliesslich im Auftrag eines Hoteliers die ersten Kitzle von Italien in die Schweiz. «Für ein Tier wurden bis zu 1000 Franken bezahlt, was heute dem Wert eines Mittelklassewagens entsprechen würde», sagt Hans Lozza, der Sprecher des im Kanton Graubünden gelegenen Schweizerischen Nationalparks.

Eine Steingeiss mit einem Jungtier im Schweizerischen Nationalpark: Um der Hitze zu entfliehen, weicht das Steinwild in immer höhere Lagen aus.

Foto Hans Lozza

Doch was war der Antrieb, das ausgerottete Tier überhaupt wieder anzusiedeln? Es seien vor allem «emotionale Beweggründe» gewesen, sagt Hans Lozza. «Es war wohl der Wunsch, die Ausrottung wiedergutzumachen.» Auch der Tourismus habe eine Rolle gespielt, «besonders auch im Kanton Graubünden, der den Steinbock im Wappen trägt». Von eher geringerer Bedeutung seien naturschützerische Überlegungen gewesen: «Das ökologische Wissen war damals noch bescheiden.»

Heute leben im Schweizerischen Nationalpark rund 300 Steinböcke. Aber nicht nur dort, im geschützten Raum, ist der Bestand an Steinwild seit dessen offizieller Wiederansiedlung ab dem Jahr 1920 stetig angestiegen. Im vergangenen Jahr wurden schweizweit rund 18 500 Tiere gezählt. Diese verteilen sich auf verschiedene Kolonien in den Bergkantonen.

Diskussionen rund um die Ausbreitung

Der Steinbock zählt zu einer ganzen Reihe von Tierarten, die in der Schweiz zunächst ausgerottet wurden und in den vergangenen Jahrzehnten wieder zurückgekehrt sind – alleine oder mit menschlicher Hilfe. Die bekanntesten und auch umstrittensten Heimkehrer



sind der Wolf und der sporadisch auftauchende Bär. Sie sind «selbständige» Rückkehrer. Dagegen wurden der Biber und der Luchs – so wie der Steinbock – aktiv wiederangesiedelt. Während dem Steinbock der Weg zurück in die Schweiz zunächst auf illegale Weise geebnet wurde, erfolgte die Rückkehr von Biber und Luchs begleitet durch Fachleute und gestützt durch die Politik. Die Regeln zur Wiederansiedlung und Ausbreitung einst ausgerotteter Tierarten sind heute gesetzlich verankert.

Trotz des gesetzlichen Regelwerks wird in der Schweiz praktisch jede Wiederansiedlung von Grundsatzdiskussionen begleitet. Die Frage dabei lautet stets: Wie viele dieser Tiere verträgt das Land, ohne dass es zu grösseren Problemen, wie zum Beispiel Frassschäden oder zu gerissenen Nutztieren kommt? Das Gesetz hält zwar fest, wann und bei welchen Tieren eingegriffen werden darf. Dennoch gehen die Emotionen in der Bevölkerung regelmässig hoch: Bei den einen, wenn es zu Schäden kommt; bei den anderen, wenn Tiere deswegen abgeschossen werden dürfen. Das am 27. September 2020 vom Volk verworfene revidierte Jagdgesetz ist das

jüngste Beispiel dieser wiederkehrenden, emotionalen Diskussionen. Gestritten wurde im Vorfeld dieser Abstimmung primär über die Schutzwürdigkeit des Wolfs.

Beim Wiederansiedlungsprojekt am Stockhorn führt man vor dem Hintergrund der bekannten Sensibilitäten bereits jetzt eine vertiefte Diskussion mit Alpbesitzern und Bauern: «Sie teilten uns mit, dass sie befürchten, das Steinwild mache ihren Nutztieren das Futter streitig und übertrage womöglich Krankheiten», sagt Alfred Schwarz.

Die Herausforderungen sind gross

Im Moment liegt das Gesuch für das Projekt am Stockhorn auf dem Tisch des eidgenössischen Jagdinspektors Reinhard Schnidrig, dem obersten Verantwortlichen für Wildtiere in der Schweiz. Für ihn ist die Wiederansiedlung des Steinbocks in der Schweiz grundsätzlich «eine Erfolgsgeschichte». Doch die Herausforderungen für die nächsten 100 Jahre seien gross. «Früher war die unreglementierte Jagd das Problem, heute ist es die intensive Nutzung der Berge», sagt Schnidrig. Der Outdoor-Boom habe dazu geführt,

Ein stattlicher Steinbock in den Walliser Bergen. Solch eindrückliche Bilder sind ganz nach dem Wunsch der Touristiker: Sie wollen jetzt auch am Stockhorn Steinwild ansiedeln.

Foto: Willi Zengaffinen

dass das Steinwild und andere Wildtiere von allen Seiten durch Bergsportlerinnen und -sportler bedrängt werden. Das Interesse an der Bergnatur sei grundsätzlich zu begrüssen, aber es dürfe nicht auf Kosten der Wildtiere gehen: «Deshalb braucht es für jede Wiederansiedlung auch ein Konzept zur Lenkung der Nutzung.»

Auch der Klimawandel fordert die Tiere: Das Steinwild leidet unter hohen Temperaturen und weicht deshalb in höhere Lagen aus. Im Nationalpark leben die Steingeissen mit ihren Kitzen heute im Schnitt 120 Meter höher oben als vor 25 Jahren. Dadurch geraten sie immer näher an die sommerlichen Aufenthaltsgebiete der Böcke. Hans Lozza: «Dies könnte auf lange Sicht zu erhöhter Nahrungskonkurrenz innerhalb der Art führen.»

Doch nicht nur die äusseren Einflüsse erschweren Steinböcken und Steingeissen das Leben, sondern auch die mangelnde erbliche Vielfalt. Die genetische Basis der Steinwildbestände gründet im Prinzip auf den wenigen, einst aus Italien geschmuggelten Tieren und ist auch heute noch sehr schmal. Diese genetische Enge hat wahrscheinlich dazu geführt, dass einige Kolonien nicht mehr so stark wachsen. Hinzu kommen Inzuchtprobleme, wie etwa die Anfälligkeit gegenüber Krankheiten. Reinhard Schnidrig kann sich deshalb vorstellen, bei Neugründungen von Steinwildkolonien sowohl in- wie ausländische Tiere einzubeziehen.

Ob am Stockhorn einst auch Steinböcke aus dem Ausland herumklettern werden, wird sich weisen. Zunächst hoffen die Verantwortlichen auf grünes Licht der Bundesbehörde für ihr Projekt: Ihr Ziel lautet, bereits im Frühling 2021 die ersten Tiere anzusiedeln.

MIREILLE GUGGENBÜHLER IST
FREIE JOURNALISTIN UND LEBT IN THUN

Der Verzicht aufs eigene Auto wird zur Normalität

In den Schweizer Grosstädten wird das Privatauto zunehmend von alternativen Verkehrslösungen konkurrenziert. Vorreiterin ist die Stadt Bern, die auch den Bau von Immobilien ganz ohne Parkplätze bewilligt. Genf ist noch nicht so weit, doch selbst hier ändern sich die Einstellungen.

STÉPHANE HERZOG

Jedes Jahr geben weitere Schweizerinnen und Schweizer ihr Privatauto auf. In Bern, der Vorzeigestadt in Sachen öffentlichem Verkehr, sind Haushalte ohne Auto in einigen Quartieren klar in der Mehrheit. So zum Beispiel im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl, wo fast 70 Prozent der Haushalte ohne eigenes Auto auskommen. 2015 lag der Wert für die ganze Stadt bei 56,8 Prozent, «aber er wird die 57 Prozent wahrscheinlich überschreiten», freut sich die Stadtberner Gemeinderätin Ursula Wyss, die der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün vorsteht.

Dieselbe Entwicklung ist auch in Basel (52,1 Prozent autofrei) und Zürich (52,8 Prozent) erkennbar. Das von Verkehrsproblemen geplagte Genf bildet das Schlusslicht unter den Grosstädten (41 Prozent). Tatsächlich folgt aber auch die Gastgeberstadt des Auto-Salons dem Trend, «jedoch mit 20 Jahren Verspätung», sagt Vincent Kaufmann, Professor am Laboratory of Urban Sociology der ETHL. So nahm in Genf innerhalb von zehn Jahren der Anteil der Haushalte ohne Auto um zehn Prozent zu. Auch Lausanne, wo das Auto wie in Genf seit den 1960er-Jahren im Mittel-

punkt stand, entwickelt sich jetzt in diese Richtung. Das Auto, Kultobjekt des Wirtschaftswunders, verliert in ganz Europa an Bedeutung. «Noch vor 15 Jahren verbanden junge Menschen das Auto mit Freiheit. Autofahren bedeutete Emanzipation. Heute finden sie diese Freiheit im Internet und in den sozialen Medien, die für sie eine greifbare Welt darstellen», fasst Vincent Kaufmann zusammen, der das Mobile Lives Forum leitet, eine Stiftung, die von der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF unterstützt wird.

Das Gleichgewicht verschiebe sich tatsächlich in Richtung einer anderen Mobilität, sagt Sébastien Munafò, Leiter des Genfer Büros für Mobilitätsstudien «6t». Einerseits sind die mit dem Auto verbundenen Kosten gestiegen. Andererseits haben sich Alternativen zum Auto entwickelt. So ist heute der Zugang zu Carsharing-Angeboten einfach (siehe Seite 17). Immer häufiger falle die Wahl zudem auf öffentliche Verkehrsmittel, E-Bikes, aber auch auf motorisierte Zweiräder. Munafò: «Dies führt dazu, dass immer mehr Städter und Pendler die praktische und sparsame Mobilität dem teuren Privatauto vorziehen.» In Städten mit weniger als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist

Ein Protest ganz nach Genfer Art: Bürger kippten Sand auf eine Quartierstrasse und liessen dort ihre Petanque-Kugeln statt den Verkehr rollen. Genf ist die Schweizer Stadt mit der grössten Auto-dichte. Foto Keystone



Gemeinderätin Ursula Wyss weht in Bern einen Velo-verleih ein. In Bern haben mehr als die Hälfte der Haushalte kein eigenes Auto mehr. Foto Keystone



die geschilderte Tendenz aber schwächer, was «zu einer Kluft zwischen Stadt und Land führt, wo mehrere Autos pro Haushalt normal sind», sagt Vincent Kaufmann.

Vertrauen in den öffentlichen Verkehr

Gemeinden, die den öffentlichen Raum entlasten wollen, müssen Anreize schaffen. Genau dies tut Bern. «Bei uns besitzen Studierende und ältere Menschen kein Auto. Für die anderen, insbesondere Familien, ist der Verzicht aufs Auto eine Sache des Vertrauens. In Bern weiss man, dass man gleich vor der Haustür ein Carsharing-Auto finden kann», fasst Ursula Wyss zusammen. Ausserdem steht den Bernerinnen und Bernern ein öffentlicher Verkehr erster Güte zur Verfügung. «Bern ist die einzige Stadt in der Schweiz, deren Einwohnerinnen und Einwohner den ÖV ganz oben auf der Liste der Dinge nennen, die sie an ihrer Stadt am meisten schätzen», zitiert die SP-Magistratin aus einer kürzlich durchgeführten Umfrage.

Ist das Vertrauen in den ÖV erst einmal so hoch, können die Behörden eine der wichtigsten Massnahmen zur Förderung der sanften Mobilität in Angriff nehmen: die Begrenzung der Anzahl Parkplätze. Bern will in den kommenden Jahren die Hälfte der heute 12 000 Parkplätze abbauen. Laut Wyss befinden sich die abzubauenen Parkplätze insbesondere auf Trottoirs, wo sie Personen mit Behinderungen störten. Auch Parkplätze entlang von Tramgleisen sollen wegfallen, da sie als gefährlich gelten.

Autos auf der Strasse, Autos über der Strasse: In Genf ist die Stellung des Autos im schweizweiten Vergleich noch sehr dominant. Foto Keystone



Gegen diese Gestaltungspläne leistet die rechtsbürgerliche SVP Widerstand. Ursula Wyss: «Bisher haben wir jedoch von den Gerichten Recht bekommen.»

Eine Knacknuss sind die privaten Parkplätze. Bern erteilt deshalb Baubewilligungen für Mietimmobilien ohne Parkplätze. In Genf dagegen entstehen stets «sehr starke politische Spannungen, sobald ein Bauprojekt den Stellenwert des Autos in der Stadt verändern will», sagt Karen Troll, Sprecherin des Département des Infrastructures. «Es ist ein Interessenskonflikt», meint Damien Bonfanti, der grüne Gemeindepräsident von Lancy (GE). «Die Autofahrer wollen ihre Privilegien verteidigen, was einen anderen Teil der Bevölkerung frustriert.» Der Gemeindepräsident unterstützt den Bau von Immobilien ohne Parkplätze, sofern ausreichend Parkiermöglichkeiten in der Umgebung bestehen und die Gebäude gut an den ÖV angebunden sind. Damien Bonfanti unterstreicht auch die Kosten in Zusammenhang mit Tiefgaragen. Diese belaufen sich auf ungefähr 50 000 Franken pro Wohneinheit. Ein weiteres Problem ist, dass Tiefgaragen die Anpflanzung von Bäumen erschweren.

Trotzdem gehen die Genfer Quartierpläne nach wie vor von einem hohen Motorisierungsgrad aus. In Allières, einem Quartier in der Nachbarschaft des neuen Bahnhofs Eaux-Vives, werden beispielsweise für 400 Wohnungen über 400 Parkplätze gebaut. «Wir müssen den Veränderungen in den Städten vorgreifen. Die Bauträger fordern übrigens selbst, weniger unterirdische Parkplätze bauen zu müssen, denn diese stehen letztlich oft leer», sagt Caroline Marti von der Genfer Sektion des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS). Sie trägt einen politischen Vorstoss mit, der die Umsetzung eines autofreien Pilotquartiers fordert. Ganz dem Zeitgeist entsprechend, unterstützen selbst FDP-Parlamentarier das Anliegen.

Ein grosser Wendepunkt für Genf

Angesichts der Forderungen nach weniger Autos in der Stadt mobilisiert die Genfer Sektion des autofreundlichen Touring Club Schweiz (TCS) alle zur Verfügung stehenden Mittel. Per Referendum bekämpfte der TCS eine Gesetzesänderung, die darauf abzielte, die Pflicht, Parkplätze zu erhalten, zu lockern. Am 27. September 2020 stimmten die Genferinnen und Genfer der Gesetzesänderung zu. Sie genehmigt damit de facto den Abbau von 4000 Parkplätzen, insbesondere zugunsten von Velowegen.

Dennoch entwickelt sich die Schweiz nicht zu einem autofreien Land und der Verzicht aufs Privatauto bedeutet nicht, dass deutlich weniger Auto gefahren wird. So benutzen die Schweizerinnen und Schweizer nach wie vor für 50 Prozent der Wege und 65 Prozent der zurückgelegten Kilometer das Auto – wobei die Modelle immer grösser und schwerer werden ...

Nach der Geduldsprobe der Erfolg

Dass immer mehr Haushalte in Schweizer Städten ohne eigenes Auto auskommen, hat auch mit dem Carsharing-Anbieter Mobility zu tun. Er setzt nun voll auf Strom.

JÜRIG STEINER

Kundinnen und Kunden der Carsharing-Genossenschaft Mobility sind in Schweizer Städten stets nur ein paar Fingerübungen vom Auto entfernt. Die Mobility-App zeigt das nächstgelegene freie Fahrzeug an, innert Sekunden kann man es buchen, mit dem Mitgliederbadge öffnen, losfahren und es bis zum Ablauf der Reservation zum Ausgangsort zurückbringen. Abgerechnet wird nach zurückgelegten Kilometern und Benutzungszeit.

Dieses Geschäftsmodell hat Mobility zum Leader auf dem Schweizer Carsharing-Markt gemacht. Seit Jahren wachsen Kundenzahlen und Flottengrösse. «Wir sehen nicht, dass dem Wachstum von Mobility Grenzen gesetzt wären», sagt Patrick Eigenmann, Sprecher von Mobility. Die Carsharing-Idee erscheint im Smartphone-Zeitalter wie eine Selbstverständlichkeit. Allerdings brauchte sie Jahrzehnte, ehe sie sich etablierte.

Die Wurzeln reichen weit zurück ins 20. Jahrhundert, als noch niemand von Internet und Smartphones sprach. Dafür von Ökologie: 1987 gründete der spätere grüne Nidwaldner Politiker und Mobilitätsberater Conrad Wagner mit Kollegen in Stans die «Auto Teilet Genossenschaft» (ATG). Die ursprüngliche Flotte bestand aus einem roten Opel Kadett (mit Katalysator) und einem 125er-Motorrad

Ein inzwischen vertrautes Bild in Schweizer Städten: die roten Autos der Carsharing-Genossenschaft «Mobility». Foto ZVG



der Marke Honda. Die jungen Innerschweizer Carsharing-Pioniere wurden belächelt und hatten Mühe, einen Versicherer zu finden, der für mehrere Halter desselben Autos eine Police auszustellen bereit war, wie sich Wagner kürzlich in einem Radio-Interview erinnerte.

Doch die ATG fasste Fuss. 1997 fusionierte sie mit dem Zürcher Konkurrenten ShareCom zu Mobility, und mit 760 Fahrzeugen sowie 17 000 Mitgliedern begann die neugegründete Genossenschaft, den nationalen Markt zu bearbeiten. Heute bewirtschaftet Mobility an über 1500 Standorten gut 3000 zumeist knallrot lackierte Fahrzeuge für über 220 000 Kundinnen und Kunden.

Den Erfolg von Mobility verstehen kann nur, wer zentrale Entwicklungsfaktoren der Schweiz berücksichtigt: das Wachstum der städtischen Agglomerationen im Mittelland und der von der öffentlichen Hand stark geförderte Ausbau des öffentlichen Verkehrs. «70 Prozent unserer Standorte befinden sich in Städten oder städtischen Agglomerationen, und die Hälfte unserer Kunden wohnt in einer der acht grossen Städte», hält Mobility-Sprecher Patrick Eigenmann fest. Carsharing funktioniert besonders gut im Zusammenspiel mit dem öffentlichen Verkehr, und der ist in den Schweizer Städten zur Entlastung des Strassennetzes hoch getaktet (siehe Text zur Verkehrssituation in Bern und Genf, Seite 15).

Auf ihrem wirtschaftlichen Erfolgspfad entfernte sich die Sharing-Genossenschaft vom ursprünglichen grün-alternativ angehauchten Image – mitunter gar etwas weit. 2019 führte sie eine Premiumklasse mit verbrauchsintensiven Geländelimos ein, die selbst bei der eigenen Klientel Kritik hervorrief. Mobility stellte den Versuch rasch wieder ein, weil die Autos kaum nachgefragt wurden. Und setzt jetzt auf die grüne Schiene: Bis 2030 will Mobility seine Flotte, die bis jetzt vor allem aus benzin- und dieselbetriebenen Autos besteht, vollständig auf Elektroantrieb umstellen.

Vor wenigen Monaten liess die Genossenschaft den eigenen Nachhaltigkeitseffekt berechnen. Gäbe es Mobility nicht, bilanziert die Studie, würden auf Schweizer Strassen zusätzliche 35 500 Autos verkehren. So eindrücklich die Wirkung tönt: Angesichts des Bestands von 4,6 Millionen Personalfahrzeugen in der Schweiz bleibt sie vorerst ein Tropfen auf den heissen Stein.

Stille in der Einsiedelei – ein frommer Wunsch

In der Solothurner Verenaschlucht lebt der einzige offiziell eingesetzte Einsiedler der Schweiz. Die historische Stätte als Ort der Andacht zu erhalten, ist allerdings nicht einfach. Denn viele kommen zur Erholung in die Schlucht. Über den Versuch des Alleinseins in der Dichte.

SUSANNE WENGER

Der Weg zur Einsiedelei St. Verena ist perfekt ausgeschildert. Wer beim Lesen dieses Satzes stutzt, hat recht. Eine Einsiedelei stellt man sich doch als verborgenen Ort vor, abgelegen, schwer zu erreichen. Doch St. Verena ist eine Sehenswürdigkeit im dicht besiedelten Schweizer Mittelland, etwas ausserhalb der Stadt Solothurn. Deren Touristiker bewerben die Einsiedelei als «mystischen Kraftort». Tönt verlockend, auch für säkulare Gemüter. Nach einem gut halbstündigen Spaziergang ist der südliche Schluchteingang erreicht. Tafeln informieren die Spaziergängerin, dass es sich hier um ein nationales Kulturgut unter Denkmalschutz und um ein Naturschutzgebiet handelt. Mit Fahrverbot und Leinenpflicht.

Dem Bächlein entlang gehts durch steil aufragenden Jurakalkstein. Ein Vogelchor, ein hohes grünes Blätterdach. Man versteht den französischen Baron de Breteuil, der den Fussweg 1791 als Teil eines romantischen Landschaftsgartens anlegte. Ermattet von



den revolutionären Umwälzungen in seinem Land war er nach Solothurn geflüchtet.

Erst wenige Menschen streben an diesem Morgen durch die Schlucht der Einsiedelei zu. Bei der steinernen Brücke zwei eifrige Hunde, nicht angeleint. «Sie sind gut erzogen», versichert der Halter in neonfarbener Outdoor-Kleidung. Und ein Ehepaar erzählt, es komme seit Jahren hierher, um aufzutanken: «Schade nur, dass es keine Ansichtskarten zu kaufen gibt.»

Experte für Social Distancing

Eine letzte Biegung, dann öffnet sich die Lichtung mit der Einsiedelei: zwei kleine alte Kapellen, daneben die Einsiedler-Klaus, die sich unter der mächtigen Felswand duckt. Alles eng beieinander, ein geweihter Ort. In dem Häuschen mit Blumengarten lebt Michael Daum. Die Bürgergemeinde Solothurn – Besitzerin des Areals – wählte den Deutschen vor vier Jahren als neuen Einsiedler aus und hielt damit an einer jahrhundertealten Tradition fest. Schon seit dem 15. Jahrhundert leben Eremiten in der Verenaschlucht. Die heilige Verena soll dort einst Besessene und Blinde geheilt haben. Der heutige Einsiedler schaut zu den sakralen Bauten und hält die Schlucht sauber. Dafür entrichtet ihm die Bürgergemeinde einen kleinen Lohn. Er fühle sich von Gott berufen, bekannte Daum beim Einzug.

Nun wäre es interessant zu erfahren, wie es dem einzigen offiziellen Einsiedler der Schweiz ergeht. Wie er sich der geschäftigen Moderne entzieht. Und was er, als Experte für

Social Distancing, zu diesen pandemischen Zeiten meint, zur neu erwachten Sehnsucht nach Natur, einfachem Leben und Konsumverzicht. Doch die Bürgergemeinde lehnte die Anfrage der «Schweizer Revue» nach einem Besuch bei Daum ab: Der Einsiedler empfangt keine Medien, gewerbliches Fotografieren sei in der Einsiedelei



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden. Heute: Offizieller Einsiedler, ein extrem seltener Job.

nicht mehr erlaubt. Das war vor ein paar Jahren noch anders. Über die beiden Vorgängerinnen Daums – die eine lebte 2009 bis 2014 in der Schlucht, die andere 2014 bis 2016 – wurde im In- und Ausland berichtet. Auch weil die Bürgergemeinde den Einsiedlerposten öffentlich ausschrieb.

Hotspot Einsiedelei

Auf Nachfrage hin erklärt Bürgergemeindepäsident Sergio Wyniger den Sinneswandel. Zu viel Öffentlichkeit soll vermieden werden, um die Einsiedelei wieder als Ort der Stille und Andacht zu bewahren. «Wir sagen niemandem, er dürfe nicht kommen»,

betont Wyniger. Aus Heimatgefühl mache die Bürgergemeinde die Einsiedelei der Bevölkerung weiterhin zugänglich. Sie wolle jedoch Verhaltensregeln durchsetzen. Denn die Einsiedelei sei immer mehr zum Hotspot geworden. Dieses Jahr sei der Zustrom wegen Corona nochmals gewachsen: «Vielen war nicht bewusst, dass dies ein spiritueller Ort ist.»

Die negativen Begleiterscheinungen: hemmungsloses Fotografieren, Lärm, Abfall. Drohnen kreisten über der Klaus, um sie als Kulisse für Aufnahmen zu nutzen. Das wurde sofort unterbunden. Der Rummel störe nicht nur jene, die zum Beten kämen, sondern auch Menschen, die den Einsied-

Die Einsiedelei St. Verena unweit von Solothurn: Zwei kleine Kapellen, die Klaus und das Gärtchen des Einsiedlers – alles gesäumt von steilen Kalkfelsen.

Archivbild Keystone (2009)

ler in persönlicher Not aufsuchten, sagt Wyniger. Daums Vorgängerinnen wurde alles zu viel. Der jetzige Einsiedler könne mit dem Spannungsfeld umgehen, lobt sein Arbeitgeber. Dabei hilft Daum wohl seine frühere Berufserfahrung als Polizist. Wenn nötig greift er durch. Vor Weihnachten schickte er einmal einen Glühweinstand weg. Das sorgte für Ärger und einen Artikel in der Lokalpresse.

«Ein bedrohtes Gut»

«Man kann es nie allen recht machen», weiss Wyniger. Daum sei für die Menschen da und verstehe es zugleich, sich abzugrenzen. Neu können Gruppen



ein Treffen mit dem Einsiedler buchen. Für 150 Franken erzählt er eine Stunde lang über sein Leben und seinen Alltag. Das Einsiedlerdasein in der Schweiz muss man sich ganz offensichtlich herbeimanagen. Die «Schweizer Revue» wollte aber doch noch aus erster Hand erfahren, wie sich der Ausstieg aus dem bürgerlichen Alltag anfühlt. Die Kontaktaufnahme mit dem Kloster Einsiedeln in der Zentralschweiz führt zu Pater Philipp Steiner. «Unser Leben im Kloster kennt Zeiten des Alleinseins, aber auch Zeiten der Gemeinschaft», schreibt uns der Benediktinermönch.

Die Vorfahren der heutigen Mönche hätten sich schon vor dreihundert Jahren Gedanken gemacht, wie man die Betriebsamkeit eines grossen Wallfahrtsortes und die Beschaulich-

keit eines Klosters zusammenbringe. So lägen die Privaträume der Gemeinschaft etwas abseits vom Trubel auf dem Klosterplatz, in die Stille der Natur seien es nur wenige Schritte. Doch die Stille sei «ein bedrohtes Gut, gerade in unserer Zeit», stellt Pater Philipp fest. In der gut besuchten Klosterkirche brauche es eine Aufsicht, um die Gebetsatmosphäre zu wahren. Erschöpften Externen bietet das Kloster die Möglichkeit einer spirituellen Auszeit: «Wir haben nur ganz wenige Tage, an denen keine Gäste unter uns weilen», so der Mönch.

Die Hand im Felsen

Zurück in die Einsiedelei St. Verena, die sich gegen Mittag zu füllen beginnt. Ein älterer Mann betet vor der Ölberg-

Zu eng in der Schweiz?

Wenn Nutzungskonflikte sogar den Eremiten in der Schlucht erreichen, zeugt das von Veränderungen in der Schweiz. Die Bevölkerung im kleinen Land wächst kontinuierlich und liegt heute bei 8,6 Millionen. Zum Vergleich: Vor vierzig Jahren waren es 6,3 Millionen. Schon in zwanzig Jahren könnte laut den Statistikern des Bundes die 10-Millionen-Grenze erreicht sein. Im Durchschnitt teilen sich heute 215 Personen einen Quadratkilometer Schweiz, womit die Dichte rund doppelt so hoch wie in Frankreich ist. Wegen der bergigen Topografie leben aber mehr als zwei Drittel der Bevölkerung im Mittelland zwischen Genfer- und Bodensee. Deshalb ist es dort am engsten, und die bebaute Fläche nimmt zu. Allerdings beanspruchen Frau und Herr Schweizer beim Wohnen auch mehr Platz. Eine Person belegt 48 Quadratmeter Wohnfläche, sieben mehr als vor sechzig Jahren. Verdichtetes Bauen soll der Zersiedelung entgegenwirken. Die Corona-Pandemie brachte nun die Frage auf, ob der raumplanerisch erwünschte Grundsatz gesundheitlichen Interessen zuwiderlaufe. Immobilienanbieter stellen seit dem Shutdown eine Tendenz zur Stadtfucht fest: die Nachfrage nach Wohnungen auf dem Land wächst. Wie gross der Dichtestress in der Schweiz tatsächlich ist, ist allerdings politisch umstritten. (SWE)



Michael Daum
während dem Medien-
auftritt nach seiner
Ernennung zum
neuen offiziellen
Einsiedler in der
Verenaschlucht.

Archivbild Keystone (2016)

grotte, Nordic-Walkerinnen und Biker hasten an ihm vorbei. Ein Hochzeitspaar samt Fotograf taucht auf, ein fröhliches Team auf Betriebsausflug nähert sich dem Restaurant Einsiedelei beim nördlichen Schluchtausgang. Von dort wuselt eine Schulklasse heran. Der Lehrerin gelingt es, das Kreischen zu stoppen. Jedes Kind darf seine Hand in das Verenenloch halten, eine faustgrosse Öffnung im Felsen. Man sage, das bringe Glück, flüstert die Lehrerin.

Wissenschaftler fanden heraus: Ob wir Dichte und Enge ertragen, hängt weniger von der Anzahl Menschen als von der Umgebungsgestaltung und respektvollem Verhalten ab. Auf Respekt setzt auch die Einsiedelei-Gesellschaft, die die Bürgergemeinde Solothurn beim Unterhalt unterstützt. Sie hat ein Malbuch herausgegeben, das Kindern die Einsiedelei und die Landschaft drumherum als schützenswert nahebringt. Vielleicht säe dies etwas, das dann im Erwachsenenalter reife, hofft der Autor im Vorwort.

Die nordische Natur als unauslöschliche Bereicherung

Mit 62 Jahren wurde Hans Ulrich Schwaar von einer Begeisterung für Finnland erfasst, die ihn nie mehr losliess.

CHARLES LINSMAYER

Er hatte in seiner Mundart, dem Oberemmentalischen, Bücher mit Titeln wie «Ghoblets u Unghoblets» (Gehobeltes und Ungehobeltes), «Gryymts u ùngryymts» (Gereimtes und Ungereimtes) publiziert, er, der 1920 in Sumiswald geborene Primarlehrer, Leichtathlet und Orientierungsläufer Hans Ulrich Schwaar. Ab 1977 hatte er in einer am Ende auf sechs Bände angewachsenen Ausgabe auch das Werk von Charles-Ferdinand Ramuz auf Berndeutsch übersetzt. Eine spektakuläre Leistung, der er 1988 «Di sibe Brüeder», die berndeutsche Fassung des finnischen Klassikers «Die sieben Brüder» von Aleksis Kivi, folgen liess. Wobei es sich um eine Übertragung handelt, die als einzige wirklich vollständig ist und laut Kennern dem Original näher als jede andere kommt.

Coup de Foudre Finnland

Und das aus gutem Grund! 1982, nachdem er sich als Lehrer in Langnau im Emmental vorzeitig hatte pensionieren lassen, verliess Schwaar nämlich die Schweiz «fast fluchtartig» und entdeckte auf eine von Leidenschaft und Liebe geprägte Weise Finnland für sich. «Erlebtes Finnland» hiess das Buch, in dem er diesen Coup de foudre 1983 beschrieb, eine Bezauberung, die ihn dazu brachte, die nordische Natur wie einen Rausch auf sich wirken zu lassen. «Übermächtig durch Stimmungen spricht sie zu unserer Seele, bewegt unser Innerstes und bereichert es mit unauslöschlichen Erinnerungen.» Vor allem das kleine Volk der lappländischen Samen hatte es ihm angetan, dessen Sagen und Mythen er sammelte und mit dem er als Hausfreund und Mitarbeiter des Rentierhalters Iisakki-Matias Syväjärvi zu einer lebendigen Symbiose fand.

In zwei Welten zuhause

Im letzten Viertel seines langen Lebens – Schwaar starb 94-jährig in seiner Wahlheimat Äkäslompolo in Finnisch Lappland – lebte er die meiste Zeit des Jahres im hohen Norden, und zwar auch dann noch, als er fast erblindet war und sich ohne Hilfe kaum mehr orientieren konnte. Das Emmental aber liess ihn nie los, und so kam es, dass die späten Titel seines insgesamt 39 Bände umfassenden Werks beiden Welten galten: Sein Finnisch Lappland spiegelte er

mit Bänden wie «Herbst in Lappland», «Tundra, Sumpf und Birkenduft», «Am Rande der Arktis», «Näkkälä, jeden Tag», «Geheimnisvoller Norden», «Die Samen und wir» und «Näkkälä. Ein letztes Lied»; der bernischen Heimat und Sprache waren Bücher gewidmet wie «Gfröits u ùngfröits» (Erfreuliches und Unerfreuliches), «Churzwaare» (Kurzwaren), «Rychs Bärndütsch» (Reiches Berndeutsch), «Läbig Bärndütsch» (Lebendiges Berndeutsch) und «Farbig Bärndütsch» (Farbiges Berndeutsch).

Die 1996 erschienene Monografie «René Auberjonois» ihrerseits wies auf eine Beschäftigung hin, die angesichts seiner Verbundenheit mit dem Dialekt überraschen muss. Schwaar, der auf dem Umweg über die Künstler, die Charles-Ferdinand Ramuz illustriert hatten, zur Kunst fand, betätigte sich nämlich ab 1947 fast berufsmässig auch als Kunstsammler und hinterliess am Ende eine Sammlung, die 2500 Werke umfasst und sich heute im Besitz der Gemeinde Langnau befindet. Nicht zuletzt auch als Kämpfer für den Dialekt engagierte sich Schwaar bis ins hohe Alter. So lancierte der 88-jährige 2008 eine Petition, mit der er – trotz der mehr als 13 000 Unterschriften – vergeblich die Wiedereinführung der Mundart in den Schulfächern Werken und Turnen sowie ein eigenes Fach «Mundart» forderte.

2005, als Langnau Schwaar das Ehrenbürgerrecht verlieh, sagte der damalige Gemeindepräsident: «Es gibt immer wieder Leute, die in einem Bereich und während einer gewissen Zeit Bemerkenswertes leisten. Es dürfte aber nur höchst selten vorkommen, dass man eine Person antrifft, die so breit engagiert und unermüdlich gewirkt hat wie Hans Ulrich Schwaar – und dies weitgehend ausserhalb des grellen Scheinwerferlichts.»

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH



«Durch vertieftes Betrachten der Natur kann uns ihr göttliches Wunder offenbar werden. Dieses liegt auch verborgen in jeder menschlichen Seele. Ein tiefes Mitgefühl zu unserem Nächsten kann uns deshalb ebenso beglücken wie das Bewundern einer Blume, weil wir in beidem Göttlichem begegnen.»

Hans Ulrich Schwaar, aus «Intimitäten», Langnau, 2007, erhältlich bei: ruth.wullschleger@dorfberg.ch

Der Klang der Heimat

Wie klingt die Schweiz an und für sich? Wie klingt also die Scholle, der heimatliche Boden? Wer sehr genauinhört, stellt fest: Im Boden spielt ein von uns überhörtes, vielstimmiges Orchester. Grabesstille herrscht unter Tag nicht. Und wenn doch, ist das besorgniserregend. Wissenschaftler versuchen jetzt, diese unterirdische Klangwelt besser zu verstehen.



Die «Revue»-Expedition in vertrauter Umgebung: Wer dem Boden Gehör schenkt, dem fehlen angesichts der vielen Geräusche plötzlich die passenden Verben.
Foto Danielle Liniger

MARC LETTAU

Am Anfang unserer kleinen Entdeckungsreise steht eine simple These: Heimat ist dort, wo man verwurzelt ist. Nun wollen wir aber genau hinhören, wie es im Wurzelwerk – in der heimatlichen Scholle – tatsächlich klingt. Nach dem «Klang der Heimat» fahnden wir zuerst in einem Schrebergarten in einem bernischen Vorort. Mit dabei: Ein guter Kopfhörer, ein hypersensibles Mikrofon, ein Gerät zur Aufnahme unterirdischer Geräusche. Und viel Neugier.

Fast ein Gehörschaden

Was ist zu hören? Zunächst gar nichts. Dann ein Donnern und Knallen, das das Trommelfell schmerzt. Die Ursache: Ein Grashalm streift im leichten Wind das empfindliche Mikrofon und die Elektronik verstärkt diesen Hauch einer Berührung zu einem Fortissimo. Die Aufnahmetechnik ist in der Tat ausgesprochen sensibel. Der zweite Versuch verläuft besser. Im feuchten Erdreich unter den mächtigen Kürbisblättern registriert das Gerät feinste Geräusche: ein leises Rumpeln, ein Knarzen.

Der Mangel an Verben

Offensichtlich tut sich da im Boden etwas. Mit jeder Etappe der Hinterhofexpedition wird klarer, wie überraschend reich und schwer beschreibbar die unterirdische Klangwelt ist. Hunde bellen, Pferde wiehern, Grillen zirpen, Kühe muhen. Aber was tut das für uns unsichtbare winzige Getier in der kompostreichen Erde, in die wir jetzt gerade horchen? Es fehlt schier das Vokabular: Es knarrt und knarzt, es nibbelt und fiept, es rumpelt und ruckelt, es knallt und knattert. Und ist da gar ein Schmatzen, ein Gurgeln?

Die grossen Themen

Aufbruch zu den grossen Themen! Wie klingt zum Beispiel der «Röstigraben», diese imaginäre und vieldiskutierte kulturelle Grenze zwischen der deutschen und der welschen Schweiz? Im

bernisch-freiburgischen Grenzgebiet stecken wir das Mikrofon – völlig themengerecht – sorgfältig in einen Kartoffelacker. Und wir hören: so gut wie nichts. Keine Diskussion, kein Konflikt? Oder ist am Ende in dieser Ackererde kein Leben?

Patriotischer Boden

Wie klingt die wichtigste Wiese der Schweiz, das Rütli? Trommelnder Dauerregen verhindert diese Messungen. Als Alternative muss der patriotische Boden herhalten, auf dem das Bundeshaus steht. Vor der südlichen Bundeshausfassade ist es üppig grün. Aus der feuchten Erde rund um die Parkbäume dringen die inzwischen vertrauten feinen Geräusche. Sie sind weit feiner als das Gepoltere, das im Bundeshaus jeweils die Debatten begleitet.

«Was tun Sie da?»

Es mangelt heutzutage nicht an Leuten, die merkwürdige Dinge tun. Vor dem Bundeshaus spricht die Passantin das «Schweizer Revue»-Expeditionsteam deshalb mit freundlicher Nachsicht an: «Was tun Sie da?» Die Antwort: Wir sind mitten im Lauschangriff auf die Würmer rund ums Bundeshaus. Erst als die Dame sich den Kopfhörer selbst aufsetzt, weicht ihre Skepsis: «Das ist ja der Wahnsinn! Das sollten alle einmal hören. Das lebt ja!»

Orchester unter Tag

Zum Schluss der Entdeckungsreise eine Feuchtwiese in den Voralpen, unweit eines Waldrands. Das filigrane Mikrofon ist erneut ins Erdreich eingelassen, der Kopfhörer aufgesetzt – und verfliegen ist die vermeintliche Stille der Berge. Gänzlich eingetaucht in eine bislang überhörte Klangwelt verschiebt sich Wahrnehmung: Erst meinten wir, es sei still – doch jetzt hören wir unter Tag das vielstimmige Orchester.

Ein Citizen-Science-Projekt

Seit Sommer 2019 sind in der Schweiz im Sommerhalbjahr Frauen und Männer auf diese Weise unterwegs und belauschen technisch gut ausgerüstet den Boden. Sie alle sind Teil des Forschungsprojekts «Sounding Soils» (siehe Kasten), an dem sich nebst Wissenschaftlern eben auch Laienforscherinnen und -forscher beteiligen. Dank diesem Citizen-Science-Ansatz fliessen letztlich zusätzliche Messdaten in die wissenschaftliche Forschung ein.

Die Biologin hilft weiter

Hinter allen registrierten Geräuschen stehen kleine und kleinste Lebewesen, beispielsweise Milben, Fliegenlarven, Asseln, Regenwürmer, Spinnen, Hundertfüssler, Springschwänze, Käfer. Aber welches klingt wie? Biologin Sabine Lerch ist bei der Stiftung «Biovision» fürs Projekt «Sounding Soil» zuständig, kann aber die genaue Antwort auch nicht liefern: «Wir wissen es nicht. Wir sind weltweit die Ersten, die Bodengeräusche auf diese Weise hörbar machen. Aber die Forschung steht noch am Anfang.» Fürs Erste nehme sich die Forschung dem Grundsätz-



Winzige Springschwänze (Collembola) krabbeln hier gerade durch den Kompost. Sie gehören zum unterirdischen Orchester, in dem auch Milben, Fliegenlarven, Asseln, Regenwürmer, Spinnen, Hundertfüssler, Käfer, Heuschrecken und Zikaden mitspielen. Foto Marie Louise Huskens

lichen an: «Je reicher die Geräuschkulisse, desto mehr verschiedene Tiergruppen sind vorhanden; je intensiver die Geräusche, desto aktiver ist die Meso- und Mikrofauna.»

Neue wissenschaftliche Disziplin

Geräuschvielfalt und Geräuschintensität: «Diese beiden Faktoren sagen etwas aus über das Vorhandensein und die Aktivität der Bodentiere», sagt Sabine Lerch. Bis Ende 2021 soll die Forschung zeigen, ob diese beiden Faktoren eine Messmethode sein könnten, um den Zustand eines Bodens zu beurteilen. Wenn ja, wäre das ein Durchbruch für die neue wissenschaftliche Disziplin, die hier gerade an Profil gewinnt: die Ökoakustik. Einer ihrer prominenten Wegbereiter ist der Schweizer Forscher Marcus Maeder. Ökoakustik könnte dereinst zum Werkzeug fürs Messen und Beurteilen von Biodiversität werden.

Böden unter Druck

Maeder ist ursprünglich Musikwissenschaftler und er sagt: «Der Acker mit biologisch angebautem Hafer klingt voller als der konventionelle Kartoffelacker.» Die Klangwelt unter Tag beurteilt er gleichwohl nicht nach primär künstlerischen Kriterien: Das zentrale Thema ist die Gesundheit des Bodens. Der Zustand der Schweizer Böden sei vielerorts schlecht, sagt Sabine Lerch: «Unser Boden ist in vielfacher Hinsicht unter Druck. Er wird zugebaut, versiegelt und andererseits auch sehr intensiv genutzt und mit immer schwereren Maschinen bearbeitet.» Zudem belastet der Eintrag chemischer Schadstoffe – zum Beispiel Pestizide und Düngemittel – ihn zusätzlich.

Naturschutz bis zur Oberfläche

Gleichzeitig stellt die Biologin fest: «In der Öffentlichkeit und in der Politik steht die Frage, was mit dem Boden passiert, kaum je im Mittelpunkt.» Viele sähen den Boden einfach als «Oberfläche». Selbst Naturschützerinnen und Naturschützer betrachteten mit Vorliebe die oberirdische Biodiversität, nicht die unterirdische: «Das ist auch verständlich. Wir sind auf das fokussiert, was wir sehen, was ganz unmittelbar unsere Emotionen weckt.»

Dem Boden eine Stimme geben

Nebst einem Forschungsprojekt ist «Sounding Soil» deshalb auch erklärtermassen ein Versuch zur Sensibilisierung: «Wir wollen dem Boden eine Stimme geben», sagt Lerch. Denn was sich im Boden unter uns abspiele, betreffe schliesslich alle: «Ich denke da etwa an die Rolle des Bodens für den Wasserhaushalt oder die Nahrungsmittelproduktion.» Im besten Fall wird das Belauschen von Böden nicht nur wissenschaftliche Erkenntnis liefern, sondern zu einer neuen Wahrnehmung des Bodens, auf dem und von dem wir leben, beitragen. Und im betrüblichsten Fall nehmen die von Marcus Maeder entwickelten Mikrofone einfach die Tonspur des Klimawandels und vom Verlust der Biodiversität auf.

Wie tönt die Bio-Alpwiese? Wie klingt der intensiv bewirtschaftete Acker? Welche Geräusche dringen aus dem Waldboden? Ausgewählte Aufnahmen von Bodengeräuschen unter www.revue.ch



«Sounding Soil»

«Sounding Soil» ist ein interdisziplinäres Forschungsprojekt, in dem Bodengeräusche die Hauptrolle spielen. Stark vereinfacht gesagt untersucht das noch bis 2021 laufende Projekt, wie und warum unterschiedlich genutzte Böden unterschiedlich tönen. Die bisherige Erkenntnis: Böden klingen umso komplexer, je grösser die Vielfalt an Lebewesen ist, die in ihnen leben.

«Sounding Soil» ist ein Projekt, das die folgenden sieben Institutionen gemeinsam tragen: Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), Biovision – Stiftung für ökologische Entwicklung, Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Nationale Bodenbeobachtung (NABO), ETH Zürich (Institut für Terrestrische Ökosysteme) und das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL). Vertiefende Informationen:

www.soundingsoil.ch

Aufnahmen von Bodengeräuschen:

www.soundingsoil.ch/zuhoeren/



Fulminantes Revival der direkten Demokratie

Nach mehr als sieben Monaten Unterbruch strömten die Schweizer Stimmberechtigten am 27. September wieder zur Urne. Mit fast 60 Prozent lag die Stimmbeteiligung weit über dem Durchschnitt.

THEODORA PETER

Wegen der Corona-Epidemie war die für die Schweiz ebenso typische wie prägende direkte Demokratie vorübergehend zum Stillstand gekommen. Der Bundesrat sagte den Urnengang vom 17. Mai ab und verschob ihn auf den Herbst. Der 27. September wurde schliesslich zum «Supersonntag» mit gleich fünf umstrittenen Vorlagen, die das Stimmvolk mobilisierten – darunter die Begrenzungsinitiative, das Jagdgesetz und die Beschaffung von Kampffjets (Resultatüberblick siehe unten). Je nach Vorlage beteiligten sich 59,1 bis 59,4 Prozent der Stimmberechtigten am eidgenössischen Urnengang – dies entspricht der fünfthöchsten Beteiligung seit Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971.

In jüngster Zeit vermochte einzig die Abstimmung vom Februar 2016 ähnlich viele Menschen (63 Prozent) zum Urnengang zu bewegen. Damals ging es unter anderem um die SVP-Durchsetzungsinitiative. Noch stärker mobilisiert (70 Prozent) hatten 1974 James Schwarzenbachs Überfremdungsinitiative sowie 1989 die Armeeabschaffungsinitiative.

Den einsamen Rekord punkto Stimmbeteiligung hält jedoch die EWR-Abstimmung von 1992: Damals nahmen gar 78,7 Prozent am Urnengang teil, bei dem der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum mit 50,3 Prozent Nein knapp abgelehnt wurde. Dieser Volksentscheid markierte in der Schweiz den Beginn bilateraler Abkommen mit der EU. Dieser Weg wurde in der Folge vom Stimmvolk mehrfach bestätigt – zuletzt an besagtem «Supersonntag» vom 27. September mit dem klaren Nein zur Begrenzungsinitiative der SVP (mehr dazu im Schwerpunkt ab Seite 6).

Kampffjets knapp am Absturz vorbei

Zu Diskussionen führte die Stimmbeteiligung beim hauchdünnen Ja (50,1 Prozent) zum Kauf neuer Kampffjets für die Schweizer Armee. Lediglich 8670 Stimmen machten den Unterschied. Der knappe Entscheid provozierte die Frage, ob das Resultat anders ausgefallen wäre, wenn alle Auslandschweizerinnen und -schweizer das Abstimmungsmaterial rechtzeitig erhalten hätten. Sie standen der Beschaffung neuer Kampffjets nämlich deutlich kritischer gegenüber als die in der Schweiz lebenden Stimmberechtigten, wie eine Abstimmungsanalyse des Forschungsinstituts GfS Bern zeigt. Demnach sagten 56 Prozent der Auslandschweizerinnen und -schweizer Nein zur Vorlage.



Der Ersatz der heutigen Kampffjets der Schweizer Armee wurde an der Urne zur Zitterpartie: Foto Keystone

Alle Abstimmungsergebnisse vom 27. September im Überblick

- **Nein zur «Begrenzungsinitiative»:** Die Schweiz muss das bilaterale Abkommen zur Personenfreizügigkeit mit der EU nicht kündigen. Das Stimmvolk lehnte die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» mit 61,7 Prozent Nein-Stimmen klar ab. Mehr zum Thema im Schwerpunkt ab Seite 6.
- **Nein zum Jagdgesetz:** Der Schutz der Wölfe und anderer geschützter Tierarten wird nicht gelockert. Die Revision des Jagdgesetzes, die eine Regulierung des Tierbestandes durch Abschüsse vorsah, wurde an der Urne mit 51,9 Prozent Nein verworfen. Das Referendum ergriffen hatten Tier- und Naturschutzorganisationen.
- **Nein zur Erhöhung des Kinderabzugs:** Bei der Bundessteuer wird der allgemeine Kinderabzug nicht erhöht. Das Volk lehnte die von der SP als «Steuerbonus für Reiche» bekämpfte Reform nämlich mit 63,2 Prozent Nein-Stimmen deutlich ab. Die Vorlage hätte jährliche Steuerausfälle von 380 Millionen Franken zur Folge gehabt.
- **Ja zum Vaterschaftsurlaub:** Nach der Geburt eines Kindes erhalten Väter künftig zwei Wochen bezahlten Urlaub. Dafür votierten eine klare Mehrheit von 60,3 Prozent und akzeptierte damit den Kompromissvorschlag des Parlamentes zu einer zurückgezogenen Volksinitiative, die vier Wochen Vaterschaftsurlaub verlangt hatte.
- **Ja zu Kampffjets:** Der Bundesrat darf in den nächsten Jahren für sechs Milliarden Franken neue Kampfflugzeuge beschaffen. Das Stimmvolk gab dafür mit 50,1 Prozent Ja äusserst knapp grünes Licht. Abheben sollen die neuen Kampffjets zirka ab 2030. Der Flugzeugtyp ist noch offen und dürfte für weitere Diskussionen sorgen.



Zwischen Freiheit und Zwang: Das Burkaverbot an der Urne

Soll landesweit verboten werden, sich das Gesicht zu verschleiern? Der Schweizer Soverän wird im März über eine Initiative abstimmen, die genau dies fordert. Die Vorlage ist ein Paradebeispiel für direkte Demokratie in der Schweiz. Und im Abstimmungskampf richten viele den Blick ins Tessin.

GERHARD LOB

Das Tessin nimmt in der Schweiz punkto Verhüllungsverbot die Pionierrolle ein. Als erster Kanton hat das Tessin im September 2013 mit 65,2 Prozent Ja-Stimmen eine Volksinitiative deutlich angenommen, die das Verhüllen des Gesichts untersagt. Auch wenn die Initiative eigentlich lanciert worden war, um das Tragen von Burka oder Nikab zu verbieten und somit der Islamisierung entgegenzutreten, erfasste das modifizierte Tessiner Polizeigesetz schliesslich sämtliche Arten von Gesichtsverhüllung. Auch Demonstranten und Hooligans dürfen im Tessin von Gesetzes wegen ihr Gesicht nicht mehr verhüllen. In Kraft trat das Gesetz am 1. Juli 2016.

Hinter der Initiative stand der heute 67-jährige politische Einzelkämpfer Giorgio Ghiringhelli. Der einstige Journalist ist beunruhigt ob der «Islamisierung Europas», wie er im Gespräch mit der «Schweizer Revue» sagt. Eine Initialzündung für seinen Aktivismus seien die Attentate in den USA vom 11. September 2001 gewesen: «Ich habe danach die Essays von Oriana Fallaci zum Islam gelesen – das hat mich aufgerüttelt.» Im Jahr 2010 lancierte er erst eine Petition für ein Verbot der Gesichtsverhüllung, kurz darauf eine kantonale Volksinitiative, nach dem Vorbild des Verbots in Frankreich. Das Anliegen blitzte im Kantonsparlament ab. Grund: Es handle sich um «ein Nicht-Problem», denn im Tessin seien praktisch nie verhüllte Frauen im öffentlichen Raum zu sehen.

Doch Ghiringhelli war hartnäckig, zog die Initiative nicht zurück, pochte auf das Motto «Wehret den Anfängen». Der Nikab sei ein Zeichen für die Unterdrückung der Frau. Die Mehrheit des Tessiner Stimmvolks folgte ihm. Ghiringhelli hoffte zudem auf einen Nachahmungseffekt. Dieser ist tatsächlich eingetreten. Der Kanton St. Gallen führte am 1. Januar 2019 ein Verhüllungsverbot ein – ebenfalls nach einer Volksabstimmung (66,7 Prozent Ja). Im Kanton Glarus scheiterte eine entsprechende Vorlage hingegen 2017 an der Landsgemeinde. Statt eines kantonalen Verbots wurde dort eine landesweit einheitliche Lösung gefordert.

Eine solche Einheitslösung sieht die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» vor. Diese Initiative hat praktisch den Tessiner Gesetzestext kopiert. Im Oktober 2017 kam

die Initiative mit 105 000 gültigen Unterschriften zustande, im März 2021 steht die Abstimmung an. Hinter der Initiative steht das Egerkinger Komitee um den Luzerner Nationalrat Walter Wobmann von der Schweizerischen Volkspartei. Dieses war 2009 mit der Anti-Minarett-Initiative erfolgreich, jener Initiative, welche international für Aufsehen sorgte, weil seither der Bau von Minaretten in der Schweiz verboten ist.

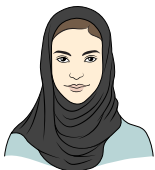
Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Verhüllungsinitiative mehrheitlich ab. Sie greife in die Autonomie der Kantone ein. Zudem gebe es schlicht sehr wenige Burka- und Nikab-Trägerinnen in der Schweiz. Gemäss Schätzung des Bundes leben nur 95 bis maximal 130 vollverschleierte Frauen im Lande.

In der Debatte um das Verhüllungsverbot geht es um die Religionsfreiheit, Frauen- und Selbstbestimmungsrechte, die Problematik von Kleidervorschriften und die Rolle des Islams in der Gesellschaft. Doch auch wirtschaftliche Argumente spielen eine Rolle. So wird etwa vor den negativen Auswirkungen eines Verhüllungsverbots auf den Tourismus gewarnt. Regionen mit Gästen aus dem arabischen Raum hätten das Nachsehen. Justizministerin Karin Keller-Sutter sagte in der Parlamentsdebatte: «Eine Ausnahme für den Tourismus wäre nicht möglich.»

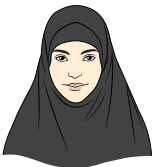
Die bisherigen Erfahrungen im Tessin zeigen, dass nur äusserst wenige Bussen gegen vollverschleierte Frauen ausgesprochen wurden. Die meisten davon betrafen Nora Illi, die umstrittene Frauenbeauftragte des Islamischen Zentralrats der Schweiz, welche ihre Bussen aus Protest gegen die Regelung bewusst provozierte. Die zum Islam konvertierte Schweizerin ist im März 2020 gestorben. Im Kanton St. Gallen wurde laut der dortigen Kantonspolizei bisher noch keine einzige Busse wegen Verstosses gegen das Verhüllungsverbot ausgesprochen.

Die Polizei im Tessin verfügt über Flugblätter in arabischer und englischer Sprache, in welcher auf die Kleidervorschriften hingewiesen wird. Einige Touristinnen umgingen jedoch das Verbot, indem sie statt des Schleiers medizinische Gesichtsmasken trugen, so wie sie nun wegen der Corona-Pandemie allgegenwärtig sind. In der Modell-Schweiz «Swissminiatur», welche arabische Touris-

Weiterhin erlaubt:



Hijab



Chador

Soll verboten werden:



Nikab



Burka



Eine verschleierte Touristin trifft in Genf auf einheimische Folkloregruppe: Das Egerkinger Komitee möchte Begegnungen dieser Art verboten haben. Foto Keystone (2015)

ten gerne besuchen, ist dies aufgefallen. Die Folgen für den Tourismus scheinen insgesamt aber minim. «Für uns hatte das sogenannte Burkaverbot keine Auswirkungen», so Giuseppe Rossi, Direktor des luxuriösen Fünf-Stern-Hotels Splendide Royal am Seeufer von Lugano. Der Anteil der Araber an der Kundschaft sei nach Einführung des Verbots konstant geblieben.

Im Tessin generierten Gäste aus den Golf-Staaten letztes Jahr 32 000 Logiernächte, was gerade mal 1,7 Prozent des gesamten Gästeaufkommens ausmacht. Allerdings: Das Tessin verzeichnete zwischen 2015 und 2019 einen Rückgang der Übernachtungen von Touristen aus den Golfstaaten um rund 28 Prozent. «Welchen Einfluss die Entscheidung zum Verhüllungsverbot auf den Tourismus im Tessin dabei genau hat, ist schwer abzuschätzen, da nur ein kleiner Anteil dieser Gäste eine Burka oder Nikab trug», heisst es bei Ticino Turismo. Für den Gästerrückgang wird nicht das Burkaverbot, sondern die Krise zwischen Qatar und dem Golf Cooperation Council sowie die daraus resultierende Verschlechterung der Flugverbindungen nach Europa verantwortlich gemacht.

Tourismusdestinationen mit einem höheren Anteil an Gästen aus dem arabischen Raum sehen einem allfälligen Verbot allerdings doch mit etwas Bauchweh entgegen. Das machte eine Podiumsdiskussion über die Verhüllungsinitiative klar, welche im Januar 2017 in Interlaken stattfand. Gemäss einem lokalen Zeitungsbericht sagte der damalige Interlakner Tourismus-Vizedirektor Stefan Ryser: «Die Gäste aus Golfstaaten sind sehr gute Gäste. Sie bleiben durchschnittlich fünf Nächte, und der Umsatz stimmt.»

Die Reiseveranstalter aus diesen Quellenländern würden die Diskussionen über das Verhüllungsverbot durchaus wahrnehmen und sich Überlegungen dazu machen. Andererseits gaben Hoteliers zu bedenken, dass sich europäische Gäste – etwa im Frühstücksraum – angesichts der Präsenz von vollverschleierten Frauen unwohl fühlten. Im Raum Interlaken generierten Gäste aus den Golfstaaten und Arabischen Emiraten letztes Jahr 92 000 Logiernächte, was 8,6 Prozent aller Übernachtungen entspricht. Auch hier ist die Zahl rückläufig. 2015 lagen die Logiernächte dieser Gästegruppe noch bei 120 000, mit einem Anteil von 13,1 Prozent am Total.

Tourismusexperten hüten sich vor offiziellen Stellungnahmen in Bezug auf die Verhüllungsinitiative. Die Tourismus-Organisation Interlaken (TOI) verweist darauf, politisch und konfessionell neutral zu sein. «Das heisst auch, dass wir unsere Gäste nicht nach Rasse und Religion trennen. Interlaken heisst alle Gäste willkommen», sagt TOI-Sprecher Christoph Leibundgut. Dazu kommt: Angesichts der gewaltigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Tourismus erscheint das Problem der Verhüllung momentan eher sekundär.

Giorgio Ghiringhelli darf sich derweil freuen. Der Mann aus dem Tessin hat ganz alleine begonnen, doch dank direktdemokratischer Mittel schon jetzt eine intensive Diskussion bis auf Bundesebene angestossen – unabhängig vom Ausgang der Abstimmung im März.

Referendum giesst Palmöl ins Feuer

Der Import von Palmöl aus Indonesien in die Schweiz stösst auf hartnäckigen Widerstand. Das Freihandelsabkommen mit dem südostasiatischen Land steht deshalb auf dem Prüfstand. Bald hat das Volk das letzte Wort.

EVA HIRSCHI

Eigentlich ist es ein Meilenstein: Zum ersten Mal wird der Import von Palmöl direkt und verbindlich an Nachhaltigkeitsbestimmungen geknüpft. So hält es eine Sonderbestimmung im Wirtschaftsabkommen zwischen Indonesien und den EFTA-Staaten Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz fest, bei welchem die Schweiz die Verhandlungsführerin war.

Der Bundesrat hat dieses Abkommen – im Prinzip ein Freihandelsabkommen – im Dezember 2018 unterzeichnet. Ein Jahr später wurde es vom Parlament angenommen. Im Abkommen wird Palmöl vom freien Handel allerdings ausgeklammert: Für eine

gewisse Menge an indonesischem Palmöl gelten Zollreduktionen, jedoch nur für zertifizierte, nachhaltige Produkte. «Dies bietet indonesischen Produzenten den Anreiz, nachhaltiges Palmöl zu fördern», erklärt Jan Atteslander, Leiter Aussenwirtschaft des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse. Und: «Das ist bemerkenswert. Das Abkommen mit Indonesien geht damit bei der Nachhaltigkeit am weitesten.»

Bauern und Verbündete wehren sich

Doch in trockenen Tüchern ist das Abkommen noch nicht: Voraussichtlich im März wird das Schweizer Stimmvolk darüber abstimmen, denn im

Juni hat der Genfer Biowinzer Willy Cretegnay zusammen mit der Westschweizer Bauerngewerkschaft Uniterre ein Referendum eingereicht, das von rund 50 Organisationen unterstützt wird. «Für Palmöl wird Regenwald gerodet und die Natur zerstört», sagt Rudi Berli, Gemüseproduzent und Vizedirektor von Uniterre. «Auch hat Palmöl negative Konsequenzen auf die einheimische Ölsaatenproduktion.»

In der Tat fürchten die Schweizer Bauern eine Marktverzerrung: Palmöl ist das weitaus günstigste Öl und dominiert den Weltmarkt. Kein anderes pflanzliches Öl wird in so grossen Mengen angebaut, die Produktion hat

Indonesische Arbeiter auf einer Plantage im nördlichen Sumatra ernten reife Fruchtstände der Ölpalme. Die Fruchtstände erreichen ein Gewicht von bis zu 50 Kilogramm. Foto Keystone





Befürworter Jan Atteslander:

«Das Abkommen mit Indonesien geht bei der Nachhaltigkeit am weitesten.»

sich von 1990 bis 2010 vervierfacht. Palmöl findet sich in zahlreichen Lebensmitteln, Kosmetikprodukten oder Waschmitteln wieder. In der Industrie ist es deshalb so beliebt, weil es fest, hitzebeständig, stabil sowie geruchs- und geschmacksneutral ist.

Für Indonesien ist Palmöl zudem eines der wichtigsten Exportgüter und Lebensgrundlage von Millionen von Menschen. Zusammen mit Malaysia produzieren die beiden Länder 85 Prozent des weltweit verwendeten Palmöls. Denn: Die Ölpalme wächst ausschliesslich in Tropenregionen. Die grosse Nachfrage hat jedoch mancherorts schwerwiegende Konsequenzen für die Umwelt, die Artenvielfalt und die indigenen Bevölkerungsgruppen, wie Nichtregierungsorganisationen immer wieder aufzeigen; etwa, wenn für Monokulturen illegal Regenwald gerodet und Menschen vertrieben werden.

Wirtschaftliche Anreize für Nachhaltigkeit

«Wir engagieren uns schon seit langem für den nachhaltigen Anbau von Palmöl», sagt Damian Oettli, Leiter Märkte beim WWF Schweiz. 2004 hat der WWF mehrere Produzenten, Finanzinstitute sowie Vertreter von Zivilgesellschaft, Industrie und Han-

del zusammengelobt und den Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl (Round Table on Sustainable Palm Oil, kurz RSPO) mitbegründet. Mit einem Zertifizierungssystem, dem RSPO-Standard, soll die Zerstörung von artenreichen Tropenwäldern begrenzt werden, indem Mindestanforderungen an eine nachhaltige Palmölproduktion vorgegeben werden. Dazu gehören Kriterien wie keine Rodung von besonders schützenswerten Wäldern für neue Plantagen, die Respektierung der Rechte der lokalen Bevölkerung oder die Respektierung von Arbeitnehmerrechten.

Bereits seit einigen Jahren importieren Schweizer Unternehmen hauptsächlich RSPO-zertifiziertes Palmöl. «Das liegt auch im Interesse der Firmen. Wer will schon Produkte, für die Regenwald gerodet wurde», sagt Stefan Kausch, Projektleiter von Palmöl Netzwerk Schweiz. Dieses Netzwerk wurde im März dieses Jahres gegründet und will die nachhaltige Entwicklung der Palmölproduktion fördern. Mitglieder sind unter anderem Nestlé, Migros, Coop oder Nutrisuisse. «Wir arbeiten ausserdem an einer Weiterentwicklung des RSPO-Standards», sagt Kausch.

«Solche Standards dienen lediglich dazu, den Unternehmen einen grünen Anstrich zu verpassen», kritisiert Berli von Uniterre. «Vor Ort hat sich aber nichts geändert, noch immer wird Regenwald gerodet.» Das Referendumskomitee stellt deshalb auch die im Abkommen festgehaltenen Kriterien in Frage. Zudem fehle ein Sanktionsmechanismus. Auch der WWF steht dem Abkommen nicht vorbehaltlos gegenüber, dennoch hat sich die Organisation für «ein vorsichtiges Ja» ausgesprochen, wie Damian Oettli sagt. «Ohne Marktanbindung sind ökologi-



Kritiker Rudi Berli

«Für Palmöl wird Regenwald gerodet und die Natur zerstört.»

sche Probleme schwierig zu lösen.» Zertifizierungen seien sehr hilfreich für den Handel, wenn auch nicht ausreichend: «Den RSPO-Standard gibt es bereits seit 16 Jahren, doch kleine Produzenten, die nicht ins System passen, müssen auf Parallelmärkte ausweichen. Nachhaltiges Palmöl wird vor allem von Europa und den USA nachgefragt, China und Südostasien kaufen nach wie vor mehrheitlich konventionelles Palmöl», so Oettli. Dennoch begrüsst der WWF die Einbindung von Nachhaltigkeitskriterien in das Abkommen als einen Schritt in die richtige Richtung.

Raps- und Sonnenblumenöl kein Ersatz

Das Palmöl gleich ganz durch einheimisches Öl zu substituieren, wie es etwa Uniterre vorschwebt, sieht Oettli nicht als Lösung. Pro Flächeneinheit erreichen Ölpalmen den mit Abstand höchsten Ertrag: ungefähr drei Tonnen Öl pro Hektare, während Soja, Raps und Sonnenblumen auf weniger als eine Tonne kommen. Auch werden weniger Pestizide benötigt als in anderen Kulturen, hält der WWF in einem Bericht fest. Die Ölpalme gehört zudem zu den mehrjährigen Pflanzen – im Gegensatz zu Soja, Raps oder Sonnenblumen.

Das Kuriose an der ganzen Debatte: Obwohl sich beim Wirtschaftsabkommen mit Indonesien die politische Diskussion vor allem um das Palmöl dreht, so macht dieses einen verschwindend kleinen Teil des Handelsvolumens mit Indonesien aus. Die Schweiz importiert jährlich ungefähr 26 500 Tonnen Palmöl, davon stammt der grösste Teil allerdings aus

Malaysia (22 Prozent), während letztes Jahr nur gerade 35 Tonnen aus Indonesien kamen. Volkswirtschaftlich viel relevanter für die Schweiz sind Exportgüter, die zollfrei nach Indonesien verkauft werden können; profitieren werden vor allem die Maschinenindustrie und die Pharmabranche.

Es ist dieser vereinfachte Marktzugang, in welchem Jan Atteslander von Economiesuisse den grössten Vorteil des Abkommens sieht: «Indonesien dürfte gemäss der Weltbank in den nächsten Jahren zu einer der grössten Volkswirtschaften der Welt wachsen. Mit einem Wirtschaftsabkommen sind wir somit anderen Ländern voraus.» Die in Bezug auf Palmöl festgehaltenen Nachhaltigkeitsbedingungen hätten, wenn nicht unbedingt wirtschaftlich, vor allem eine wichtige Signalwirkung: «Die EFTA übernimmt damit eine Vorreiterrolle und kann andere Länder dazu animieren, den Nachhaltigkeitsaspekt beim Palmöl ebenfalls stärker zu berücksichtigen.» Schade nur würden diese Bedingungen nur für Palmöl gelten, sagt indes Oettli vom WWF Schweiz: «Für Holz, Crevetten oder andere Rohstoffe greifen diese ökologischen Bedingungen im Freihandelsabkommen leider nicht.»

Webseite des Referendumskomitees:
nein-zum-freihandel.ch

Position von Economiesuisse (Kurzlink):
ogy.de/palmoil

EVA HIRSCHI IST FREIE JOURNALISTIN
IN LAUSANNE

Gute Zahlen, schlechte Zahlen

75

Doch, es gibt sie, die guten neuen Zahlen, die nicht von Corona geprägt sind. Ein Beispiel: Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen steigt. 2019 waren bereits 75 Prozent des in der Schweiz konsumierten Stroms nachhaltig. Steigend ist insbesondere die Bedeutung von Sonne, Wind, Biomasse und Kleinwasserkraftwerken.

369

Flaschen, Dosen, Zeitungen, Batterien, Rüstabfälle: Das und noch viel mehr rezyklieren Schweizerinnen und Schweizer sehr fleissig. Pro Jahr und Person werden 369 Kilogramm solcher Abfälle korrekt wiederverwertet. Wir haben die Wahl: Entweder wir applaudieren fürs fleissige Rezyklieren. Oder wir staunen, wie viel Müll das Schweizer Konsumverhalten erzeugt.

41

Die Schweiz kennt viele regionale Zeitungen. Wer heute in ihnen blättert, findet viel Identisches. Gleicher Inhalt, gleiche Kommentierung, gleiches Layout. Am klarsten ist der Verlust an Medienvielfalt bei den Berichten über die nationale Politik: Bereits 41 Prozent aller Artikel erscheinen in mehreren oder sogar in vielen Titeln gleichzeitig. Vielfalt ist anders.

58,6

Erfreulicher ist der Trend in den Unis: Der Anteil studierender Frauen an Schweizer Hochschulen steigt. Er beträgt zum Beispiel an der Universität Zürich 58,6 Prozent. Tendenz steigend. Darüber würde sich Marie Heim-Vögtlin sicher freuen. Sie promovierte 1874 an dieser Uni als allererste und damals noch etwas einsame Schweizer Studentin.

160

Monat für Monat liegen in der Schweiz die Zahlen verkaufter Neuwagen unter den Vergleichswerten des Vorjahres. So richtig unter Strom sind einzig die Verkäufer von Autos mit Elektroantrieb: Hier schnellen die Verkäufe in die Höhe, allein im August 2020 betrug der Zuwachs 160 Prozent. Apropos Strom: Hoffentlich nutzen all diese Wagen Elektrizität aus erneuerbaren Quellen.



Swiss Challenge, Yvonand, 2019. Foto ASO/Jugenddienst

Neue Termine für Jugendcamps

Das Jahr 2020 begann mit zwei wunderbaren Skilagern in den Waadtländer und Walliser Alpen bei strahlendem Sonnenschein. Leider zogen dann düstere Wolken auf, und die ASO war gezwungen, die Sommercamps aufgrund der Coronavirus-Pandemie abzusagen. Die Situation ist zwar immer noch kritisch, wir hoffen jedoch auf die Rückkehr besserer Zeiten. Deshalb freuen wir uns, Ihnen unsere neuen Angebote zu präsentieren.

Unsere Angebote auf einen Blick:

- **10. 7.–23. 7. 2021** Sport- und Freizeitcamp in Château-d'Ex VD (15–18 Jahre)
- **10. 7.–23. 7. 2021** Swiss Challenge (15–18 Jahre)
- **24. 7.–6. 8. 2021** Sport- und Freizeitcamp in Gsteig BE (15–18 Jahre)
- **7. 8.–22. 8. 2020** Sprach-, Sport- und Kulturcamp in Bern BE und Lugano TI (16–25 Jahre)
- **27. 12.–5. 1. 2022** Skilager in Grächen VS (15–18 Jahre)
- **27. 12.–5. 1. 2022** Skilager in Anzère VS (18+)

Auf Anfrage schicken wir Ihnen gerne unsere Informationsbroschüre zu, die eine Übersicht unserer Angebote enthält. Anmeldungen für die Sommer- und Wintercamps sind ab dem 11. Januar 2021 unter ogy.de/jugendangebote möglich. Die Anmeldefrist endet am **15. März 2021**.

Selbstverständlich werden wir die Gesundheitssituation aufmerksam verfolgen. Die Gesundheit und Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Betreuerinnen und Betreuer haben höchste Priorität. Deshalb werden wir rechtzeitig die nötigen und angemessenen Massnahmen ergreifen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Auslandschweizer-Organisation ASO
Jugenddienst
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 24
E-Mail: youth@aso.ch

Sommerlager für Kinder von 8 bis 14 Jahren

Von Ende Juni bis Ende August 2021 können rund 40 Auslandschweizer-Kinder in zweiwöchigen Sommerlagern zusammen mit Gleichaltrigen eine tolle Zeit verbringen und gleichzeitig die Schweiz und ihre Kultur kennenlernen. Das Anmeldeverfahren für die Sommerlager startet am 11. Januar 2021. Die Daten der Sommerlager 2021:

- Samstag, 26. Juni, bis Freitag, 9. Juli 2021
- Samstag, 10. Juli, bis Freitag, 23. Juli 2021
- Samstag, 24. Juli, bis Freitag, 6. August 2021
- Samstag, 7. August, bis Freitag, 20. August 2021

Detaillierte Angaben werden ab Mitte Dezember 2020 auf unserer Homepage ersichtlich sein: www.sjas.ch. Auf Anfrage stellen wir Ihnen unsere Informationsbroschüre mit der Angebotsübersicht gerne auch per Post zu.

Anmeldeschluss ist am 15. März 2021.

Die Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS) möchte allen Auslandschweizer-Kindern wenigstens einmal die Chance geben, die Schweiz auf diese Art und Weise kennenzulernen. Deshalb werden in berechtigten Fällen Beitragsreduktionen gewährt. Das entsprechende Formular kann auf dem Anmeldeformular bestellt werden. Für weitere Auskünfte steht Ihnen die Geschäftsstelle gerne zur Verfügung. (LR)

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS),
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Tel. +41 31 356 61 16, Fax +41 31 356 61 01,
E-Mail: info@sjas.ch / www.sjas.ch



Auslandschweizer-Organisation (ASO)
Alpenstrasse 26
CH-3006 Bern
Tel. +41 31 356 61 00
Fax +41 31 356 61 01
info@aso.ch
www.aso.ch
www.revue.ch
www.swisscommunity.org



Unsere Partner:

educationsuisse
Tel. +41 31 356 61 04
Fax +41 31 356 61 01
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Tel. +41 31 356 61 16
Fax +41 31 356 61 01
info@sjas.ch
www.sjas.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
Fundazioni per giovani svizzeri a l'ester

Wählen Sie den neuen Auslandschweizerrat!

Zwischen Januar und Juni 2021 finden überall auf der Welt die Wahlen der Delegierten fürs Parlament der Fünften Schweiz, den Auslandschweizerrat (ASR), statt. Die häufigsten und wichtigsten Fragen zum ASR und zu den nahenden Wahlen und die Antworten darauf haben wir für Sie zusammengestellt.

STEFANIE MATHIS-ZERFASS

Was ist der Auslandschweizerrat?

Der Auslandschweizerrat (ASR) vertritt die Interessen aller Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit in der Schweiz. Er wird deshalb auch als «Parlament der Fünften Schweiz» bezeichnet.

Seit wann gibt es den Auslandschweizerrat?

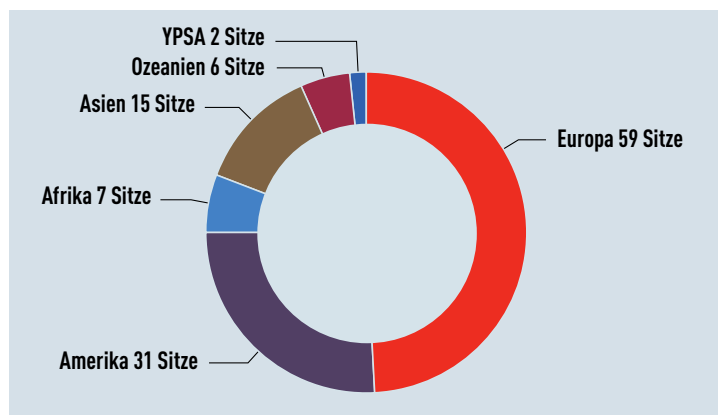
Den Auslandschweizerrat gibt es in seiner heutigen Form seit 1989. Vorläuferin war die 1919 eingesetzte Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG).

Wie ist der Rat zusammengesetzt?

Der ASR zählt insgesamt 140 Mitglieder: 120 Delegierte der Schweizergemeinschaften im Ausland und 20 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Inland. Von diesen insgesamt 140 Sitzen sind zwei Sitze für Vertreter der Jugend reserviert, die im Youth Parliament Swiss Abroad (YPSA) organisiert sind.

Wie sind die Sitze verteilt?

Das Reglement der Auslandschweizer-Organisation (ASO) regelt die Grundzüge der Sitzverteilung. Es hält fest, dass der ASR die Zahl der Delegierten einer Dachorganisation bzw. eines Landes oder einer Ländergruppe nach deren Bedeutung bestimmt. Somit richtet sich die Sitzverteilung, gestützt auf die aktuelle Auslandschweizer-Statistik, nach der Grösse der Schweizergemeinschaft pro Land oder Kontinent. Weiter berücksichtigt sie eine angemessene Vertretung der Schweizergemeinschaften aller Weltteile. An seiner virtuellen Sitzung vom 10. Juli 2020 hat der Auslandschweizerrat die Sitzverteilung für die Amtszeit von 2021 bis 2025 wie folgt festgelegt:



Gut informiert wählen

Da die Wahl der Delegierten für den Auslandschweizerrat nicht in allen Ländern nach demselben Modus stattfindet und deshalb nicht zentral organisiert werden kann, werden die Details der Wahlen in den einzelnen Ländern und Regionen auf den Regionalseiten der «Schweizer Revue» dargestellt. Die Schweizervereine und Dachorganisationen, welche die Wahlen durchführen, werden dort über das genaue Vorgehen und die Wahlveranstaltungen informieren. Kandidatinnen und Kandidaten können sich bei den Regionalredaktionen melden, damit sie in der «Schweizer Revue» vorgestellt werden.

Hier findet der Wahlkampf statt

SwissCommunity.org wird bei der Wahl eine zentrale Rolle spielen. Dort können Wählerinnen und Wähler mit den Kandidierenden in Kontakt treten, sie können Fragen stellen, Kritik anbringen, Anregungen machen, Anliegen deponieren und natürlich diskutieren.

www.swisscommunity.org

Wozu gibt es Inlandsvertreter?

Sie haben die Aufgabe, die Anliegen der Auslandschweizer und die Entscheide des ASR in die zuständigen Organe (Parlament, Verwaltung) in der Schweiz einzubringen und die Anliegen auf politischer Ebene wirkungsvoll zu vertreten. Einige Inlandsvertreter sind Mitglieder von National- oder Ständerat, andere vertreten Institutionen oder Organisationen. Gewählt werden sie vom ASR auf Vorschlag des Vorstands der ASO.

Wie werden die Delegierten im Ausland gewählt?

Leider ist für 2021 keine zentral organisierte und auf E-Voting basierende Direktwahl durch die ASO möglich. Auch werden, anders als beim letzten Wahlgang, keine E-Voting-Pilotprojekte in einzelnen Ländern erfolgen. Die Gründe dafür liegen im Wegfall des bisher verwendeten E-Voting-Systems des Kantons Genf und der Einstellung des E-Votings in der ganzen Schweiz.

Wann wird eine Direktwahl möglich sein?

Zwar konnte die ASO inzwischen ein geeignetes Wahlsystem für eine elektronisch basierte Direktwahl finden. Noch ist die Finanzierung dieses Systems nicht sichergestellt. Die ASO steht diesbezüglich in Kontakt mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). An einer Sitzung mit Bundesrat Ignazio Cassis, dem Vorsteher des EDA, konnte dieser Punkt erörtert werden. Die ASO ist zuversichtlich, für die Wahlen im Jahr 2025 eine Lösung zu haben.



Scene aus der Sitzung des Auslandsschweizerrats in Montreux: Er fordert hier gerade vom Bundesrat mehr Leadership im Dossier E-Voting.

Foto Adrian Moser (2019)

Wie organisieren die Dachvereine die Wahl?

Für die jetzt anstehenden Wahlen organisieren die Dachorganisationen (oder, wo diese fehlen, die vom ASR anerkannten Schweizervereine) in den verschiedenen Ländern die Wahlen der Auslandsdelegierten. Sie gehen dabei nach den vom ASR festgelegten Wahlrichtlinien vor. Die weitere Ausgestaltung der Wahlen obliegt ihnen selbst. So dürfen die Dachorganisationen oder Vereine auch eine direkte Wahl – per Post oder elektronisch – organisieren.

Wer kann im Ausland wählen?

Das aktive Wahlrecht haben alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, vorausgesetzt, sie sind Mitglied eines anerkannten Schweizervereins. Die Dachorganisationen oder Schweizervereine können den Kreis der wählenden Personen jedoch auch auf Nicht-Vereinsmitglieder erweitern.

Wann finden die Wahlen statt?

Die Wahlen werden zwischen Januar und Juni 2021 abgehalten. Die zuständigen Organe in den einzelnen Ländern bestimmen die Wahltermine. Am 20. August 2021 wird der ASR erstmals in der neuen Zusammensetzung tagen und dann die Inlandsmitglieder, welche vom Vorstand vorgeschlagen werden, wählen.

Wer kann in den ASR gewählt werden?

Wer kandidieren will, muss konkrete Voraussetzungen erfüllen: Er oder sie muss das Schweizer Bürgerrecht besitzen, im Ausland wohnen, Deutsch oder Französisch sprechen, Kontakte zur Schweizergemeinschaft der vertretenen Region unterhalten und die Möglichkeit haben, zweimal jährlich in die Schweiz zu reisen, um an den Sitzungen des ASR teilzunehmen. Die Dachorganisationen und Schweizer-

vereine können weitere Anforderungen hinsichtlich der Wählbarkeit festlegen. Die Delegierten erhalten ein bescheidenes Sitzungsgeld. Für die Kosten von Reise und Aufenthalt werden sie nicht entschädigt.

Welche Kompetenzen hat der ASR?

Er ist das oberste Leitungsorgan der Auslandschweizer-Organisation, die als unabhängige Stiftung die Interessen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in der Heimat wahrnimmt. Der ASR kann in Vernehmlassungen und bei politischen Geschäften Stellung beziehen, kann Forderungen stellen, Abstimmungsparolen beschliessen und Wahlempfehlungen abgeben. Gesetzgeberische Kompetenzen hat er jedoch keine.

Was sind wichtige Errungenschaften des ASR?

- Die Verankerung der Auslandschweizer in der Bundesverfassung (Art. 40)
- Die Bewahrung der freiwilligen AHV/IV
- Die Förderung der Ausbildung der jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer
- Die Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts
- Die Einführung des Auslandschweizergesetzes

Weitere Informationen zum Thema unter dem Kurzlink

[ogy.de/asr-2021](https://www.aso.ch/ogy.de/asr-2021)

Auskünfte erteilt zudem:

Auslandschweizer-Organisation
Rechtsdienst, Stefanie Mathis-Zerfass
Telefon +41 31 356 61 00, mathis@aso.ch

Studieren an Schweizer Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen

Educatiosuisse berät junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die für ihre Ausbildung in die Schweiz kommen möchten.

Über 255 000 Studierende sind zurzeit an einer Schweizer Hochschule in einem Bachelor- oder Masterstudiengang oder als Doktorierende immatrikuliert. In den letzten Jahren ist der Anteil der Frauen, die eine Universität besuchen, auf rund 52 Prozent angestiegen.

Die Schweizer Hochschulen sind, bis auf eine private Fachhochschule, alles öffentliche Institutionen. In internationalen Rankings sind die ETH Zürich und die EPF Lausanne sowie weitere Universitäten sehr gut positioniert (Kurzlink: ogy.de/rankings). Die verschiedenen Rankings basieren auf unterschiedlichen Kriterien und richten sich meist an eine bestimmte Zielgruppe (Studierende, Forschende, Sponsoren, an bestimmten Studienrichtungen Interessierte). Kein Ranking kann alle Aspekte, die ein Institut zu einer guten Universität machen, erfassen und abschliessend vergleichen. Es sollten bei einer Beurteilung möglichst auch die geografische Lage



Betriebsamkeit im ETH-Campus Höggerberg. Foto: ETHZ / Alessandro della Bella

und die lokale Kultur berücksichtigt werden.

Universitäten, ETH und EPF

Gegenwärtig sind rund 157 000 Studierende an den zehn Universitäten und den zwei Eidgenössischen Technischen Hochschulen ETH und EPF immatrikuliert. Die Universitäten bieten Studien in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, in Mathematik und Naturwissenschaften und in Geistes- und Sozialwissenschaften an, währenddem die ETH und die EPF sich auf die Ingenieur-, Mathematik-

und Naturwissenschaften konzentrieren. Voraussetzung für die Zulassung ist ein eidgenössisch anerkanntes Maturitätszeugnis oder ein gleichwertiges ausländisches Diplom. Für das Medizinstudium gelten besondere Regelungen. In der Regel ist die Anmeldefrist Ende April.

Neun Fachhochschulen

Rund 80 000 Studierende sind gegenwärtig an einer der acht zusätzlichen öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen immatrikuliert (dazu kommt eine neunte, private Fachhochschule). Die öffentlich-rechtlichen Fachhochschulen bieten in ihren mehr als 60 Instituten praxisnahe Studiengänge vor allem in den Bereichen Gesundheit, Sozialwissenschaften, Betriebswirtschaft, innovative Technologien, Musik und Kunst. Für die Zulassung wird eine Berufslehre mit anschliessender Berufsmaturität oder eine gymnasiale Matur mit anschliessendem Praktikumsvorjahr vorausgesetzt.

Pädagogische Hochschulen

In fast allen Kantonen existiert zudem eine Pädagogische Hochschule (PH). Zurzeit bilden diese insgesamt rund 21 000 Studierende zu qualifizierten Lehrpersonen für die verschiedenen Schulstufen (Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I und II) und in Fachpädagogik (z. B. Logopädie) aus. Die Zulassungsbedingungen variieren je nach Studiengang. (RG)

Die Mitarbeiterinnen von educatiosuisse empfehlen, sich frühzeitig zu informieren. Sie stehen gerne für Auskünfte und Beratungen zur Verfügung.

educatiosuisse, Ausbildung in der Schweiz, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz, Tel. +41 31 356 61 04 info@educatiosuisse.ch www.educatiosuisse.ch

Für den Einstieg braucht's Neugierde

Junge Menschen können sich ihren Einstieg in die sich derzeit stetig verändernde Arbeitswelt oft nur schwer vorstellen. Hilfreich ist es deshalb vor Laufbahnentscheidungen, die eigenen Interessen und Neigungen zu erkunden, zum Beispiel mit entsprechenden Online-Tests wie dem Studien-Interessen-Check, SIC (Kurzlink: ogy.de/studien-check). Verschiedene Einblicke in den Arbeitsalltag kann auch der eigene Freundes- und Bekanntenkreis gewähren. Und schliesslich kann auf die Erfahrungen ehemaliger Studierender zugegriffen werden: So werden beispielsweise auf der offiziellen Webseite der Berufs- und Studienberatung der Schweiz, www.berufsberatung.ch, neu auch ehemalige Studentinnen und Studenten porträtiert, die über ihren Einstieg in die Arbeitswelt und über mögliche Arbeitsfelder nach dem Studium berichten (Kurzlink: ogy.de/portraits).

Tipps für die Jobsuche in der Schweiz

«Ich plane, in die Schweiz zurückzukehren und dort eine Stelle zu suchen. Welche Tipps und Informationen können Sie mir geben?»

Unsere Antwort auf die gestellte Frage: Als Schweizer Bürgerin oder Schweizer Bürger können Sie in der Schweiz arbeiten, ohne dafür eine Bewilligung zu benötigen. Wenn Sie sich in der Schweiz bewerben wollen, müssen Sie beachten, dass es in der Regel nicht genügt, nur den Lebenslauf einzusenden. Schweizer Arbeitgeber erwarten ein vollständiges Dossier. Dieses beinhaltet einen auf die Stelle zugeschnittenen Bewerbungsbrief, Lebenslauf mit Foto sowie Arbeitszeugnisse und Diplomkopien. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) veröffentlicht Broschüren mit wertvollen Tipps auf seiner Webseite. Der direkte Link zur Übersicht über die Seco-Publikationen und -Angebote zum Thema: ogy.de/arbeit-swiss

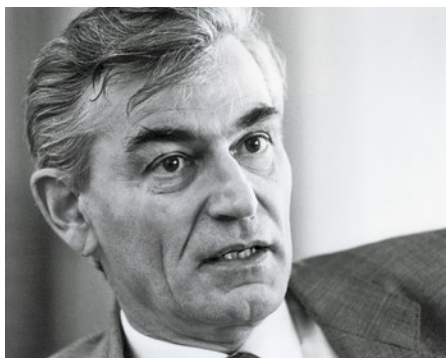
Betreffend Übersetzung von Dokumenten wie Diplomen oder anderen Abschlüssen gibt es keine offiziellen Regeln. Könnte ein Dokument sehr wichtig sein für den Entscheid, ob man die Stelle erhält oder nicht, lohnt es sich unter Umständen, eine Übersetzung in einer der Landessprachen beizulegen.

Für die Jobsuche selbst bietet die Konsularische Direktion (KD) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eine Dienstleistung speziell für Auslandschweizerinnen und -schweizer an, indem sie Stellengesuche an die kantonalen Arbeitsämter zuhanden der zuständigen Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) in den von Ihnen bevorzugten Regionen weiterleitet. Dort steht Ihr Dossier allen interessierten Arbeitgebern zur Verfügung. Direkter Link zur Seite der KD für Arbeitssuchende: ogy.de/arbeit-in-der-schweiz

Eine Sammlung von Links für Jobportale und Stellenvermittlungsbüros finden Sie auf der Webseite der Auslandschweizer-Organisation. Sobald Sie in der Schweiz angemeldet sind und hier Ihren Wohnsitz haben, kann Sie auch das lokale Arbeitsamt bei der Stellensuche unterstützen. Direkter Link zu ASO-Sammlung der Jobportale und Vermittlungsbüros: ogy.de/jobsuche

Georg Stucky zum Gedenken

Von 1998 bis 2007 präsidierte er die Auslandschweizer-Organisation (ASO). Im August ist Georg Stucky nun im Alter von 89 Jahren verstorben. Er war unter anderem der Wegbereiter des Stimmrechts für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Die ASO hält ihn dankbar in guter Erinnerung.



Georg Stucky, aufgenommen im Jahr 1989, also zu Beginn seiner Zeit als Nationalrat.

Foto: Walter Rutishauser, Sammlung Bibliothek am Guisanplatz

Welch reich erfülltes Leben! Georg Stucky arbeitete und lebte über Jahre in Hamburg, im Nahen Osten und in Nordafrika. In Libyen war er Schweizer Honorarkonsul. Er kannte die Anliegen und Sorgen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aus eigener Erfahrung. Georg Stucky war Kirchenrat, Regierungsrat, Nationalrat und vielfacher Verwaltungsrat. Während 15 Jahren war er Mitglied des ASO-Vorstands, von 1992 bis 1998 Vizepräsident und danach bis 2007 Präsident. All dies belegt, welch hohe Anerkennung und Akzeptanz er erleben durfte und wie gross und nachhaltig sein Wirken war.

Ich lernte Georg Stucky bei einer Zusammenkunft der Regierungsräte von Zug und Basel-Stadt kennen. Später trafen wir uns wieder im Nationalrat. Die gemeinsamen Jahre in der nationalrätlichen Wirtschaftskommission und danach im Vorstand der ASO haben uns freundschaftlich verbunden.

Georg Stucky hat sich für die Auslandschweizerinnen und -schweizer schon vor seiner Zeit in der ASO eingesetzt. 1986 reichte er eine Motion ein. Seine Forderung: Das Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer ist zu revidieren, damit den Auslandschweizern das Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten verliehen werden kann. Hiermit gab er den erfolgreichen Anstoss zur Einführung des brieflichen Stimmrechts für Auslandschweizer auf Bundesebene. 1995 konnten die Auslandschweizerinnen und -schweizer erstmals brieflich an eidgenössischen Wahlen teilnehmen.

Auch in seiner ASO-Präsidentschaft setzte er sich für demokratische Grundanliegen ein, wie die Einführung des E-Votings, die Erhöhung der Zahl der stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und -schweizer und den Versicherungsschutz der freiwilligen AHV/IV.

«Die ASO war für Georg sein Herzblut», hat mir seine Gattin geschrieben. Das war spürbar. Die ASO und wir alle werden Georg Stucky denn auch dankbar in guter Erinnerung behalten. Seiner Frau Elisabeth Stucky und seinen Angehörigen wünschen wir Kraft und Trost.

In herzlicher Anteilnahme

Remo Gysin

Präsident der ASO

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 46. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 418 000 Exemplaren (davon 235 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin. REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, verantwortlich für «news.admin.ch» REDAKTIONSSISTENZ: Sandra Krebs ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz. Tel. +41 31 356 61 10, Fax. +41 31 356 61 01, PC 30-6768-9. e-mail: revue@aso.ch DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen. Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt. www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe: 8. Oktober 2020

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.



E-Government: Der unkomplizierte Behördenkontakt

Dank E-Government können Bevölkerung und Wirtschaft bequem mit dem Staat übers Internet Kontakt aufnehmen. Bund, Kantone und Gemeinden arbeiten seit 2008 zusammen, um ihr Online-Angebot auszubauen. Seit 2020 verfolgen sie eine neue Strategie mit gemeinsamen Zielen und Projekten. Der digitale Kanal soll zur ersten Wahl bei der Kontaktnahme mit der öffentlichen Verwaltung werden.

Aktuell wird die neue gemeinsame Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz» aufgebaut. Projektleiter Kurt Nuspliger informiert.

Wie erleben Sie persönlich den schweizerischen Föderalismus?

Die mehrsprachige Schweiz ist nur als föderalistisch aufgebaute Gemeinschaft denkbar. Der Föderalismus bedeutet auch Wettbewerb und ermöglicht den Kantonen, in ihrem Bereich innovative Lösungen zu entwickeln. Zum Beispiel bei der elektronischen Umzugsmeldung: Viele Kantone bieten mittlerweile die Möglichkeit, sich online an- oder abzumelden, aber eben noch nicht alle. Auch das ist eine Konsequenz des föderalistischen Systems.

Zur Digitalisierung der Verwaltung: Welche Möglichkeiten und Grenzen haben sich aus Ihrer Sicht aus dem bisherigen Zusammenarbeitsmodell der Behörden ergeben?

Behörden, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik müssen zusammenarbeiten, wenn die Digitalisierung Erfolg haben soll. Der Bund allein kann in den Bereichen digitale Transformation und E-Government



Professor Dr. iur. Kurt Nuspliger ist promovierter Staatsrechtler und Honorarprofessor an der Universität Bern, war Staatsschreiber des Kantons Bern von 1985 bis 2013 und berät seit Juni 2013 öffentliche Institutionen in Rechts- und Organisationsfragen. Foto ZVG

den nötigen Wirkungsgrad nicht erreichen. Die Kantone und die Gemeinden müssen gleichberechtigt in diesen Prozess einbezogen werden. Das bisherige Kooperationsmodell kann optimiert werden.

Um die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu stärken, wurde das Projekt «Digitale Verwaltung Schweiz» lanciert. Welche Ziele verfolgt es?

Bund, Kantone und Gemeinden engagieren sich heute im Kontext einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz. Daneben gibt es die Schweizerische Informatikkonferenz. Diese fördert die Zusammenarbeit der beteiligten Gemeinwesen im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung. Zudem erarbeitet und pflegt der Verein eCH Standards für E-Government in der Schweiz. Mit dem Projekt «Digitale Verwaltung Schweiz» soll die Zusammenarbeit in den erwähnten Bereichen verbindlicher gestaltet werden. Es soll mehr Wirkung erzielt werden. Die Kräfte sollen gebündelt werden.

Was kann die neue Organisation bewirken?

Im Zentrum stehen gemeinsame Aufgaben: Entwicklung einer Strategie für die digitale Transformation und deren Umsetzung, Festlegung von Standards für das Datenmanagement und den Austausch von Daten zwischen den Behörden, Aufbau nationaler Basisdienste wie die elektronische Identität, Förderung von Innovatio-

HELPLINE EDA

☎ Schweiz +41 800 24 7 365
☎ Ausland +41 58 465 33 33
E-Mail: helpline@eda.admin.ch
Skype: [helpline-eda](https://www.skype.com/name/helpline-eda)

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
☎ Schweiz +41 800 24 7 365
☎ Ausland +41 58 465 33 33
www.twitter.com/travel_edadfae

Travel Admin

Online-Registrierung von Auslandsreisen
Enregistrement en ligne de voyages à l'étranger
Registrazione quando si viaggia all'estero
Online Registration when travelling abroad

nen. Es geht auch um die Vernetzung der verschiedenen Akteure und um den Wissensaustausch. Bekanntlich ist das Wissen die einzige Ressource, die sich vermehrt, wenn man sie teilt.

Welche Fortschritte sollen in den nächsten Jahren bei den digitalen Verwaltungsdienstleistungen in der Schweiz erzielt werden?

Der digitale Wandel prägt unseren Alltag – bei der täglichen Kommunikation, beim Einkaufen, beim Kontakt mit den Behörden. Die Corona-Pandemie hat diesen Wandel noch beschleunigt. Bei den Dienstleistungen der Verwaltung sind mehrere Verbesserungen möglich. Zu denken ist etwa an den elektronischen Identitätsnachweis, der für die weitere Entwicklung von Online-Geschäften und E-Government-Anwendungen wichtig ist.

Welchen Nutzen wird die neue Organisation für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben?

Viele Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer leben in grosser räumlicher Distanz zum Heimatland. Der persönliche Gang zur Behörde ist nicht möglich. Auch die Briefpost funktioniert nicht überall zuverlässig. In einer solchen Situation ist wichtig, dass die Betroffenen mit den Verwaltungsstellen des Heimatlandes elektronisch kommunizieren und Transaktionen abwickeln können. Es sind digitale Portale nötig, welche die Nutzerinnen und Nutzer verständlich, mehrsprachig und barrierefrei an die Dienstleistungen der Behörden heran-

Simone Flubacher, Delegierte für Auslandschweizerbeziehungen, tritt zurück

Der Austausch mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ist eine Bereicherung!

Ob persönlich an einer der zahlreichen Auslandschweizerveranstaltungen oder über die «Schweizer Revue», es war mir eine Ehre und Freude, als Delegierte für Auslandschweizerbeziehungen in den letzten drei Jahren als Brücke zwischen Ihnen und dem Bund zu dienen. Ihre Bedürfnisse waren mir stets ein grosses Anliegen.

Nach insgesamt fast 30 Jahren im Dienste der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf Schweizervertretungen im Ausland und an der Zentrale in der Schweiz werde ich mich ab November neuen beruflichen Herausforderungen widmen. Ich möchte mich daher von Ihnen verabschieden und Ihnen von Herzen alles Gute wünschen, wo immer auf dieser Welt Sie sich befinden.



Herzlichst Ihre
Simone Flubacher

führen (Online-Schalter). Aus Sicht der Betroffenen ist es wichtig, dass der Bund, die Kantone und die Gemeinden koordiniert vorgehen und ihre digitalen Dienstleistungen optimieren.

E-GOVERNMENT SCHWEIZ-SUISSE-SVIZZERA
WWW.EGOVERNMENT.SWISS

Wahlen und Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates, etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.

■ Die Abstimmungsvorlagen für den 7. März 2021 stehen noch nicht fest.

Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

■ Es sind keine neuen Volksinitiativen lanciert worden.

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen

Hinweise

Melden Sie Ihrer Schweizer Vertretung Ihre E-Mail-Adresse(n) und Mobiltelefon-Nummer(n) und/oder deren Änderungen und registrieren Sie sich im Online-Schalter (Link auf der Website des EDA www.eda.admin.ch oder via www.swissabroad.ch), um die gewünschte Zustellung der «Schweizer Revue» und weiterer Publikationen zu wählen. Bei Problemen mit der Anmeldung kontaktieren Sie bitte Ihre Vertretung.

Die aktuelle Ausgabe der «Schweizer Revue» sowie die Nummern ab 2006 können Sie jederzeit über www.revue.ch lesen und/oder ausdrucken. Die «Schweizer Revue» (bzw. die «Gazzetta Svizzera» in Italien) wird elektronisch via E-Mail oder als Druckausgabe kostenlos allen Auslandschweizer-Haushalten zugestellt, und als iOS-/Android-App «Swiss Review» zur Verfügung gestellt.

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Konsularische Direktion,
Abteilung Innovation und Partnerschaften
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
www.eda.admin.ch, E-Mail: kdipi@eda.admin.ch



La pozza del Felice – Tage mit Felice



FABIO ANDINA:
«Tage mit Felice»
Rotpunktverlag Zürich 2020
240 Seiten; CHF 28.00

«La pozza del Felice»
Rubbettino Editore,
Italien, 2018
209 Seiten; CHF 22.00

«Er ist es, der klopft und mich weckt. Es ist noch nicht einmal halb sechs.» Der Alltag von Felice im abgelegenen Tessiner Dorf beginnt im Morgengrauen mit einem besonderen Ritual. Der Ich-Erzähler, ein junger Mann, der Stadt entflohen, darf den neunzigjährigen Felice dabei begleiten. Meist schweigend steigen sie täglich und bei jeder Witterung in die Berge hinauf, um in einem natürlichen Wasserbecken (italienisch «la pozza») zu baden. Der junge Mann berichtet vom Leben im Dorf, doch vor allem protokolliert er jeden gemeinsamen Moment mit Felice. Der Alltag des charismatischen Mannes, dessen Leben nicht einfach war, besteht aus handfesten, praktischen Verrichtungen wie Holzhacken, Kochen, den Nachbarn helfen. Der Tagesablauf im Bergdorf, in dem vor allem alte Leute geblieben sind, verläuft immer gleich. Doch

es geschehen unerwartete Dinge: Felice erhält einen mysteriösen Brief. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht, bald wissen alle davon, aber keiner weiss, was im Brief steht. Felice scheint Besuch zu erwarten; er beginnt in seinem Haus ein Zimmer einzurichten.

Der Autor Fabio Andina schreibt schnörkellos, doch klangvoll. Die Bergwelt schildert er als hart, aber nicht als feindselig. In manchen poetischen Wendungen ist die Verbundenheit des Autors mit dem Tessiner Tal spürbar. Andina beschreibt einen realen Ort, teils autobiografisch, teils fiktiv, wie er selbst in einem Interview sagte. Dorforiginale, Leute die nicht ins Schema des Leistungs- und Konsumdenkens hineinpassen, gehören hier ganz selbstverständlich zur Gemeinschaft, in der man sich gegenseitig hilft. Doch auch Probleme wie der hohe Alkoholkonsum oder die Abwanderung bleiben nicht unerwähnt.

Wunderbar die Figur von Felice (auf Deutsch «der Glückliche») – wie er Sorge zu sich selbst trägt und immer für die andern Dorfbewohner da ist. Ein Buch mit entschleunigender Wirkung über einen Menschen, der mit sich im Reinen ist. Übersetzt wurde der Roman von Karin Diemerling, die geschickt einige Ausdrücke in der Originalsprache belassen hat und so das Ambiente bestens wiedergibt.

Fabio Andina, 1972 in Lugano geboren, studierte in San Francisco Filmwissenschaften. Heute lebt der Autor wieder im Tessin. 2005 erschien sein erster Gedichtband und 2016 sein erster Roman. «Tage mit Felice» ist sein zweiter Roman und der erste, der ins Deutsche übertragen wurde. 2021 wird der Roman im Verlag Editions Zoé, Genf, in französischer Sprache erscheinen.

RUTH VON GUNTEN

Auf Forschungsreise durch die Staaten



DUO PRAXEDIS:
«Carl Rütli Works for
Harp & Piano»,
Ars Produktion, 2019
«Grand Duet»,
«Ars Produktion», 2017
Dreaming, Idagio, 2010

Wer einen Konzertveranstalter um einen Auftritt bittet und sagt, er bilde ein Harfen-Klavier-Duo, muss auf die Gegenfrage gefasst sein: «Und was machen Sie beruflich?» Nichtsdestotrotz haben eine Zuger Harfenistin und ihre Klavier spielende Tochter diesen Schritt vor zehn Jahren gewagt – und treten heute erfolgreich als «Duo Praxedis» auf: Ende September etwa am «Érard-Festival Hamburg 2020» im grossen Saal der legendären Laeiszhalle.

Beide heissen tatsächlich Praxedis: die Mutter Praxedis Hug-Rütli, die Tochter Praxedis Geneviève Hug. Ausgebildet sind beide als Pianistinnen, die Harfe wurde bei der Mutter im Studium das Zweitinstrument. Und nachdem das Klavier nach der Heirat in den Hinter-, die eigene Tochter in den Vordergrund gerückt war, ergab es sich nach einigen Jahren, dass sich die zwei für einen privaten Anlass als Harfen-Klavier-Duo zusammaten. «Wir wussten zuerst nicht mal, was wir spielen sollten, nahmen die Sonate für 2 Klaviere KV 448 von W. A. Mozart hervor und flickten sie mehr schlecht als recht für Harfe und Klavier zusammen», so Praxedis die Ältere.

Als bald merkten die zwei, dass es einen Schatz an Originalwerken für Harfe und Klavier gibt. Heute beherrschen sie ein äusserst reiches Repertoire, das Bearbeitungen von berühmten Werken, zeitgenössische Musik, selbstgemachte Arrangements und besagte Originalwerke aus dem 19. Jahrhundert beinhaltet. In den letzten sieben Jahren hat das Duo zwölf sehr unterschiedliche Aufnahmen auf den Markt gebracht. Praxedis die Jüngere sagt: «Ohne CD ist ein Künstler niemand. Mit jeder CD kann man wieder Werbung machen.»

Privat und musikalisch harmonieren die zwei bestens, und doch betonen sie ihr Solistensein: «Wir sind zwei Einzelkämpferinnen, aber wir übernehmen im Duo-Konzert jeweils Verantwortung für den anderen.» Und das tun sie auch, wenn der andere mal leidet – oder triumphiert: «Wenn meiner Mutter die Harfenkadenz toll gelingt, dann muss ich meine Kadenz noch schöner spielen, um mitzuhalten. Und wenn sie ihr in die Hosen geht, dann sowieso!»

Erstaunlich ist es, dass bei aller Eigenständigkeit die zwei den Klang des eigenen Instrumentes dem Gegenüber anpassen können. Wer nicht genauinhört, wird bisweilen gar nicht merken, ob da eine Harfe oder ein Klavier erklingt – und wird die klangliche Verschmelzung zweier Instrumente und zweier Musikerinnen erleben.

CHRISTIAN BERZINS

Darius Rochebin



Darius Rochebin, Starjournalist bei Radio Télévision Suisse (RTS), kündigte im Sommer an, er verlasse nun die Schweiz in Richtung Paris. Nach 20 Jahren beim Téléjournal wagte sich der Genfer TV-Liebling also ins Haifischbecken der französischen Medienwelt. Seinen Abschied nahmen viele zum Anlass, sich bewundernd über diesen eleganten Herrn zu äussern, der auch dann nicht böse wirkt, wenn er ganz harte Fragen stellt. Er schafft dies mit Kampfeslust und gleichzeitiger Sanftheit, einer Dosis Orient also: Darius hat iranische Wurzeln. Das Westschweizer Publikum bedauerte seinen Wechsel nach Frankreich und beschuldigte RTS, Rochebin aus dem Schweizer Äther vertrieben zu haben. Er selbst erklärte, er gehe ganz ohne Groll.

Der Genfer Journalist arbeitet seither beim Sender LCI. Jeden Abend von Montag bis Donnerstag setzt er seine Wortgewandtheit in Interviews mit den führenden Köpfen Frankreichs ein. In der ersten Sendung von «20H de Darius Rochebin» fragte er Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, ob sich sein laut Ex-Präsident Sarkozy «austernhaftes Charisma» weiterentwickelt habe – und das, ohne den Amtsträger zu verärgern. Chapeau! Den Professor und Star-Infektiologen Didier Raoult überraschte er mit der Frage, ob er in seinem Garten Büsten von sich selbst stehen habe. Hype garantiert!

Auch abseits der Kamera ruht Darius nicht. So kratzte er am Lack der französischen Kino-Ikone Catherine Deneuve. Er hielt nach einem Interview mit ihr fest, sie habe sich unausstehlich verhalten. Ein gefundenes Fressen für die sozialen Medien! In Paris stellt Rochebin VIPs also nach Belieben Fragen – auf der Grundlage einer «fernen» Kultur, derjenigen der Schweiz, dieses politisch temperierten Flickenteppichs, der ihn nicht zu halten wusste.

STEPHANE HERZOG

Vom Cockpit in die Lokomotive

Den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) mangelt es an Lokomotivführern. Und die Fluggesellschaft Swiss kann angesichts des eingeschränkten Flugbetriebs ihre Piloten nicht auslasten und will Personal entlassen. Nun prüfen SBB und Swiss, ob Piloten auch als Lokführer eingesetzt werden könnten. Die Berufsverbände der Piloten und der Lokführer machen sich beide stark für diese Idee. (MUL)

Sanktionen gegen Weissrussland

Die offizielle Schweiz kritisiert seit dem zweifelhaften Wahlsieg von Staatschef Alexander Lukaschenko die Repressionen gegen Bürgerinnen und Bürger in Weissrussland. Inzwischen erhöht die Schweiz mit Sanktionen den Druck auf die Regierung Belarus, wie Weissrussland auch genannt wird. Verhängt wurden insbesondere Finanz- und Reiserestriktionen gegen ehemalige und aktuelle Amtsträger. In Belarus sind auch Schweizer Firmen tätig, etwa der Zughersteller Stadler Rail. (MUL)

Radio und TV im Umbruch

Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) steht unter Spardruck und will sich gleichzeitig stärker aufs jüngere Publikum ausrichten. Deshalb plant SRF nebst einem Stellenabbau eine Online-Offensive. Gleichzeitig sollen langjährige Radio- und TV-Sendungen abgesetzt werden. Die von SRF-Direktorin Nathalie Wappler angestrebte Modernisierung ist freilich stark umstritten: Weil das mit Konzessionsgeldern finanzierte SRF mit seiner Online-Offensive private Medien unter Druck setzen würde, stossen die Pläne auf breiten politischen Widerstand. (MUL)

Die Altersrente steigt leicht

Weil die Löhne und Preise steigen, erhalten Rentnerinnen und Rentner ab 2021 leicht höhere Renten. Die Minimalrente steigt um 10 auf 1195 Franken pro Monat, die Maximalrente um 20 auf 2390 Franken pro Monat. Erhöht werden auch die Ergänzungsleistungen. Für diese Anpassungen hat sich der Bundesrat im Oktober entschieden. Die jährlichen Gesamtkosten für die Rentenanpassungen belaufen sich auf 441 Millionen Franken. (MUL)

Bomben unter dem Bauerndorf

Unter dem Bergdorf Mitholz (BE) liegen in eingestürzten Kavernen Tausende Tonnen Munition. Die Armee will nun die verschüttete Munition bergen, weil von ihr eine ernste Gefahr für die dort lebenden Menschen ausgehe. Die komplizierte Bergung der explosiven Materialien wird aber Mitholz für eine ganze Generation zum Geisterdorf machen: Es steht eine zehnjährige Evakuierung an. Ein Swissinfo-Hintergrund zur Problematik (in Englisch): [ogymitholz](https://www.swissinfo.ch/ger/ogymitholz) (MUL)

Wir brauchen unsere erste Talfahrt.

Silvaplana, Engadlin, Graubünden, © STST - STTP



Wir brauchen Schweiz.

Jetzt den Winter entdecken: [MySwitzerland.com/firsttime](https://www.myswitzerland.com/firsttime)
Teile deine schönsten Erlebnisse mit [#IneedSwitzerland](https://twitter.com/IneedSwitzerland)

